

# Ergebnisse der Demografiewerkstätten

---

Landkreis Friesland (März 2015)

Vorläufiger Zwischenstand: Vorlage für die Weiterarbeit in der  
2. Jugendkonferenz im Juni 2015



**Forschungsprojekt „Jugend-Demografie-Dialog“**  
Prof. Dr. Waldemar Stange, Timo Bleckwedel (M.A.),  
Anja Bentrup (M.A.)

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Der demografische Wandel allgemein.....</b>	<b>1</b>
1.1 Die Demografiestrategie der Bundesregierung .....	3
1.2 Prognosen für Deutschland.....	3
1.3 Besonderheiten des demografischen Wandels im ländlichen Raum .....	5
1.4 Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Friesland .....	6
1.5 Die Zukunft ist offen und beeinflussbar .....	8
<b>2. Den demografischen Wandel bewältigen – Jugendliche beteiligen sich: Demografiewerkstätten im Landkreis Friesland .....</b>	<b>9</b>
2.1 Die Vorbereitung der Demografiewerkstätten .....	9
2.2 Das Verfahren der Demografiewerkstätten.....	9
2.3 Die TeilnehmerInnen der Demografiewerkstätten.....	10
2.4 Die Auswertung der Ergebnisse .....	10
2.5 Kurzausblick auf die Weiterarbeit .....	10
<b>3. Die Ergebnisse aus dem Landkreis Friesland: Lösungsvorschläge von Jugendlichen zu den Themenschwerpunkten.....</b>	<b>11</b>
3.1 Mobilität.....	11
3.2 Gesundheit .....	15
3.3 Alter .....	18
3.4 Zivilgesellschaft, Soziales.....	21
3.5 Familie .....	23
3.6 Jugendgerechte Gesellschaft .....	26
3.7 Infrastruktur .....	29
3.8 Wohnen .....	32
3.9 Arbeit, Wirtschaft .....	35
3.10 Bildung, Ausbildung, Beruf.....	38
3.11 Wanderungsbewegungen, Integration, Umgang mit Vielfalt .....	40
3.12 Öffentliche Verwaltung .....	43
<b>4. Die Ergebnisse der Berufs- und Lebensleiter .....</b>	<b>45</b>
<b>5. Literatur.....</b>	<b>47</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: : Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur, Geburtenziffer und fernere Lebenserwartung 1960, 2011 und 2060 (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2012, S.1).....	3
Abbildung 2: Aufbau der Bevölkerung, Lebendgeborene und Gestorbene 1850-2050 (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2013, S. 2) .....	4
Abbildung 3: Abwärtsspirale des demografischen Wandels (Quelle: Der Beauftragte der Bundes-regierung für die Neuen Bundesländer 2011, S. 6).....	5
Abbildung 4: Jugend-, Alten- und Gesamtquotient mit den Altersgrenzen 20 und 65 Jahren (Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, S. 20).....	5
Abbildung 5: Kommunale Daten Friesland I (Quelle: Wegweiser Kommune 2015).....	6
Abbildung 6: Kommunale Daten Friesland II (Quelle: Wegweiser Kommune 2015).....	7
Abbildung 7: Ergebnisse der Berufs- und Lebensleiter .....	46

# 1. Der demografische Wandel allgemein

## 1.1 Die Demografiestrategie der Bundesregierung

„Wir werden älter, wir werden weniger und unsere Gesellschaft wird vielfältiger.“  
(Bundesministerium des Inneren 2012, S. 1)

Der demografische Wandel wird Deutschland in den kommenden Jahrzehnten tiefgreifend verändern. Die Bundesregierung reagiert auf die prognostizierten Entwicklungen mit der Demografiestrategie, mittels der sie in folgenden Handlungsfeldern „die Entfaltung der Potenziale und Fähigkeiten der Menschen durch die Schaffung von Rahmenbedingungen ermöglichen und unterstützen und gleichzeitig die Grundlagen für Wachstum, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt stärken und absichern will“ (Bundesministerium des Inneren 2012, S. 2):

1. Familie als Gemeinschaft stärken,
2. Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten,
3. Selbstbestimmtes Leben im Alter,
4. Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern,
5. Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern,
6. Handlungsfähigkeit des Staates erhalten.

## 1.2 Prognosen für Deutschland

Bevölkerungsvorausberechnungen beruhen auf Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Saldo der Zuzüge/Fortzüge. Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes prognostiziert folgende Entwicklungen für die Bundesrepublik Deutschland:

- Die Geburtenzahl wird weiter sinken. Gegenwärtig liegt die Geburtenziffer bei 1,4 je Frau, wodurch die jetzige Mädchengeneration kleiner als die ihrer Mütter ist und sich die Zahl der potenziellen Mütter verringert (vgl. Statistisches Bundesamt 2009, S. 5).
- Die Zahl der Sterbefälle wird steigen (trotz steigender Lebenserwartung, weil stark besetzte Jahrgänge gerade ins hohe Alter kommen) (vgl. Statistisches Bundesamt 2009, S.5).

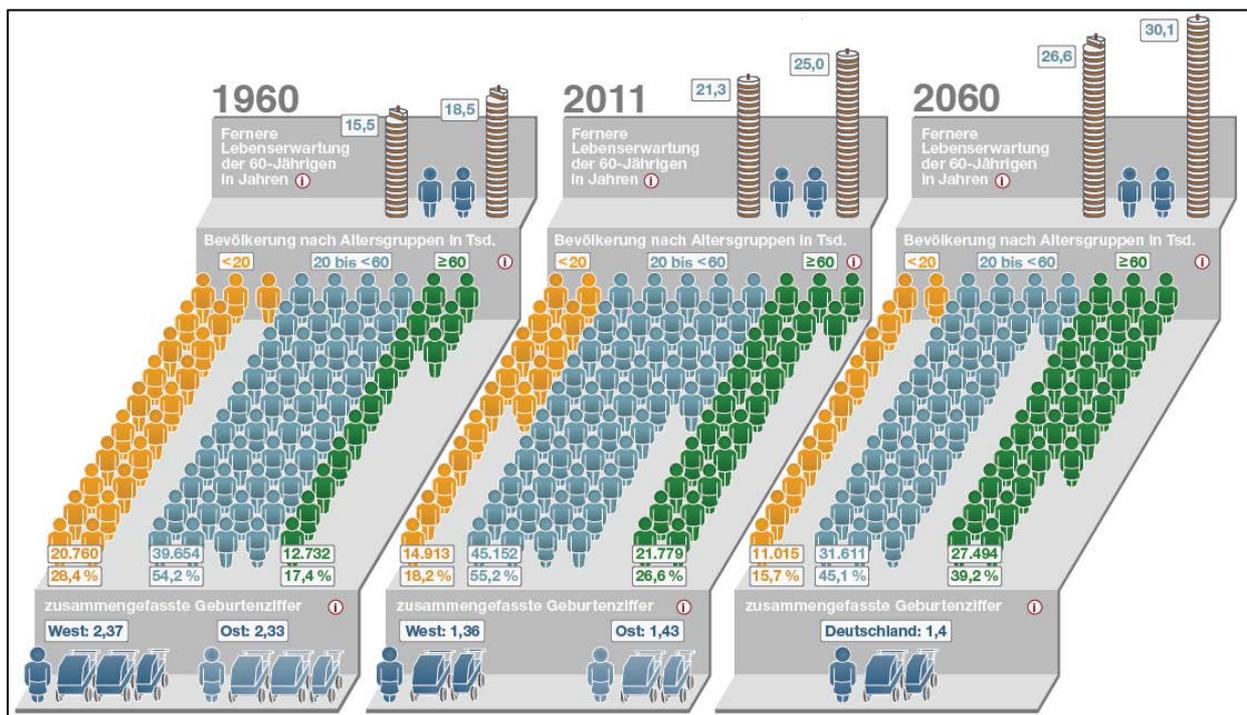


Abbildung 1: : Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur, Geburtenziffer und fernere Lebenserwartung 1960, 2011 und 2060 (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2012, S.1)

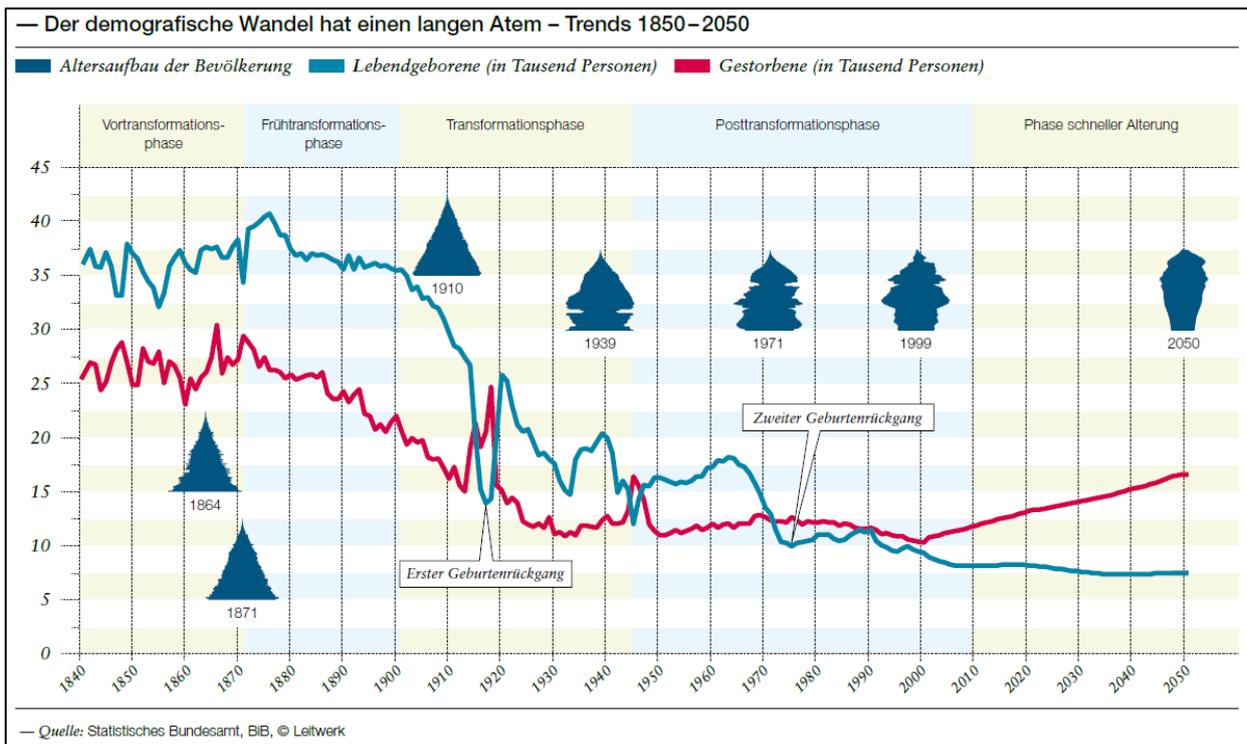
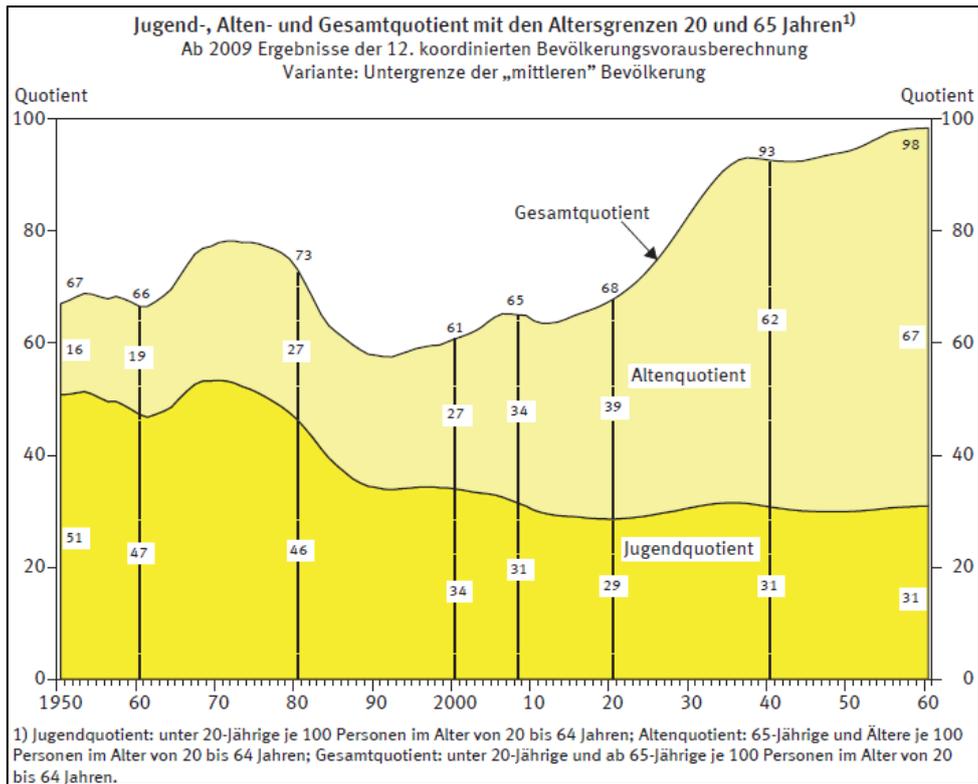


Abbildung 2: Aufbau der Bevölkerung, Lebendgeborene und Gestorbene 1850-2050 (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2013, S. 2)

- Das wachsende Geburtendefizit führt zur Abnahme der Bevölkerung, da die Nettozuwanderung nicht zur Kompensation reicht. 2060 wird die Bevölkerung voraussichtlich auf 65-70 Mio. Menschen schrumpfen (vgl. Statistisches Bundesamt 2009, S.5).
- Die Altersstruktur wird sich verschieben (Relation zwischen Jung und Alt). Die Alterung der Bevölkerung ist vor allem beim Anteil der Hochbetagten zu sehen: 2008 waren 5% der Bevölkerung 80 Jahre und älter, 2060 werden es 14% sein (vgl. Statistisches Bundesamt 2009, S. 5).
- Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20-65 Jahre) wird altern und abnehmen. 2008 waren es 50 Mio., 2035 werden es 39-41 Mio. und 2060 36 Mio. (bei einer Nettozuwanderung von 200.000 Menschen) bzw. 33 Mio. sein (bei einer Nettozuwanderung von 100.000 Menschen) (vgl. Statistisches Bundesamt 2009, S. 6).
- Der Altenquotient verdoppelt sich bis 2060. 2008 betrug er 34, bis Ende der 2030er wird er um über 80% ansteigen und 2060 über 67 betragen (vgl. Statistisches Bundesamt 2009, S. 6).

Abbildung 3: Jugend-, Alten- und Gesamtquotient mit den Altersgrenzen 20 und 65 Jahren (Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, S. 20)



### 1.3 Besonderheiten des demografischen Wandels im ländlichen Raum

Der demografische Wandel birgt insbesondere für den ländlichen Raum die Gefahr einer Abwärtsspirale aus schlechten Einkommensmöglichkeiten, Abwanderung, sinkender Attraktivität, schlechter Daseinsvorsorge, etc.

Abbildung 3: Abwärtsspirale des demografischen Wandels (Quelle: Der Beauftragte

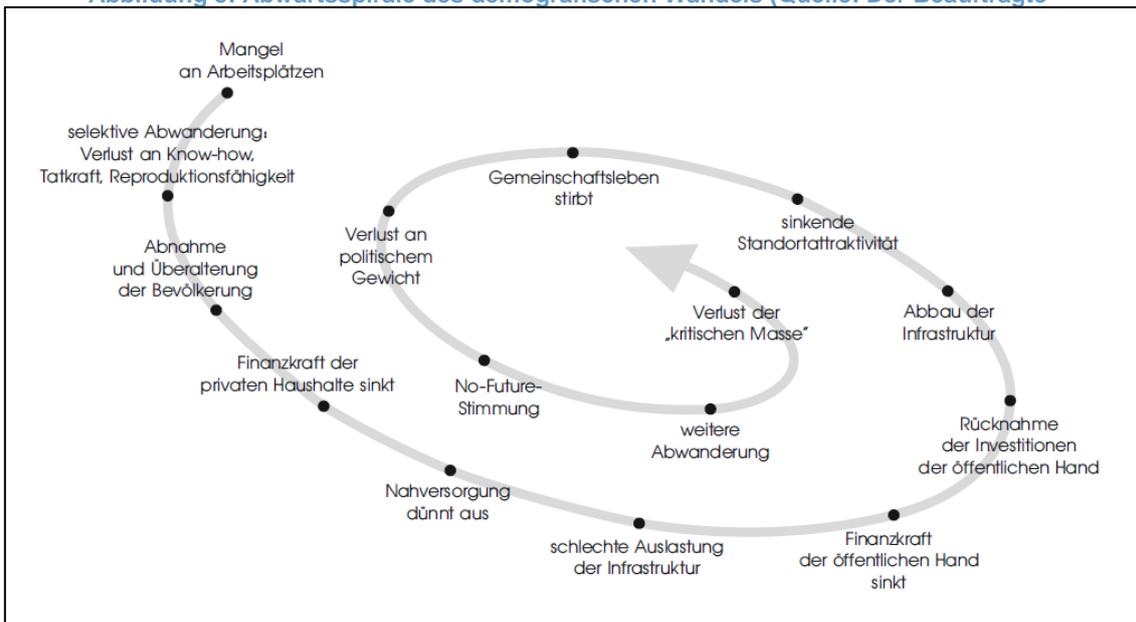


Abbildung 4: Jugend-, Alten- und Gesamtquotient mit den Altersgrenzen 20 und 65 Jahren (Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, S. 20)

„Die ländlichen Gebiete stehen damit vor der Wahl, sich ihrem Schicksal zu ergeben und sich irgendwann zu entvölkern, oder aber mit innovativen Ideen zu Pionieren des demografischen Wandels zu werden. Sie können und müssen die Lösungen der Zukunft erfinden, die billiger, effizienter und ressourcenschonender sind und deshalb für das ganze Land von Nutzen sein. Mit anderen Worten: Die ländlichen Gebiete können zu einem Gesellschaftslabor werden, in dem jene Modelle von Effizienz und Nachhaltigkeit erprobt und optimiert werden, die in einer Welt mit weniger Wachstum möglich und notwendig werden. Nicht Niedergang, sondern Fortschritt wäre dann die Zukunftsvision für das Land.“ (Berlin-Institut 2009, S. 4f.)

Es ist festzustellen, „dass es gerade auf dem Lande von dem Engagement der Menschen vor Ort abhängt, wie es weiter geht. Dass es wichtig ist, die Kreativität und das Engagement der Menschen in den Dörfern zu aktivieren, um deren Existenz zu sichern. Denn auch in Zukunft wird es einen Teil der Bevölkerung geben, der ein Leben auf dem Lande für erstrebenswert hält. Mehr als bisher werden sie selbst an der Planung dieser Zukunft beteiligt sein. Und die ländliche Romantik durch einen pragmatischen Realismus ersetzen.“ (Berlin-Institut 2009, S. 5)

Um den prognostizierten Trends entgegenzuwirken, ist es sehr wichtig, dass alle BürgerInnen bei der Erarbeitung von Handlungsansätzen zur Gestaltung des demografischen Wandels beteiligt werden.

## 1.4 Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Friesland

Indikatoren	Friesland 2012	Wangerland 2012	Jever 2012	Schortens 2012	Sande 2012	Zetel 2012	Bockhorn 2012	Varel 2012	Friesland 2030
Bevölkerung (Anzahl)	98.649	9.835	13.778	20.474	8.973	11.657	8.567	24.504	93.120
Bevölkerungsentwicklung vergangene 7 Jahre (%)	-2,7	-3,1	-1,0	-3,4	-4,9	-1,4	-2,4	-2,6	k.A.
Bevölkerungsentwicklung 2012 bis 2030 (%)	-4,3	-3,3	-0,2	-7,9	-5,2	-3,1	-3,4	-4,6	-4,3
Fertilitätsindex (%)	6,3	-3,1	3,7	7,7	8,3	9,6	10,5	4,1	k.A.
Ausländeranteil (%)	3,2	3,4	3,0	2,4	2,6	2,7	3,1	3,9	k.A.
Familienwanderung (Pers. je 1.000 Ew.)	6,5	10,6	11,1	9,3	6,2	13,2	10,1	10,7	k.A.
Bildungswanderung (Pers. je 1.000 Ew.)	-64,4	-147,5	-54,8	-141,6	-94,1	-80,5	-88,5	-61,5	k.A.
Wanderung zu Beginn der 2. Lebenshälfte (Pers. je 1.000 Ew.)	6,2	25,6	13,2	3,5	10,1	10,0	4,4	9,5	k.A.
Alterswanderung (Pers. je 1.000 Ew.)	3,1	-2,9	4,6	2,0	7,3	15,3	5,9	3,7	k.A.
Durchschnittsalter (Jahre)	45,7	46,9	45,5	45,8	46,3	44,4	44,6	45,9	50,0
Medianalter (Jahre)	47,6	49,1	47,2	47,7	48,4	46,0	46,1	47,6	53,7
Jugendquotient (unter 20-Jährige je 100 Pers. der AG 20-64)	33,8	31,5	33,3	35,3	31,5	39,2	33,9	32,1	31,6
Altenquotient (ab 65-Jährige je 100 Pers. der AG 20-64)	42,2	45,4	41,9	44,7	42,4	41,4	34,9	41,8	63,6
Anteil unter 18-Jährige (%)	16,8	15,6	16,9	17,2	15,8	19,0	17,7	16,1	14,5
Anteil 65- bis 79-Jährige (%)	18,2	19,5	18,4	18,9	18,2	16,8	15,1	17,8	22,4
Anteil ab 80-Jährige (%)	5,8	6,1	5,6	5,9	6,2	6,1	5,6	6,2	10,2

Abbildung 5: Kommunale Daten Friesland I (Quelle: Wegweiser Kommune 2015)

Indikatoren	Wangerland 2030	Jeyer 2030	Schortens 2030	Sande 2030	Zetel 2030	Bockhorn 2030	Varel 2030
Bevölkerung (Anzahl)	8.870	13.790	18.620	8.580	11.300	8.200	22.550
Bevölkerungsentwicklung vergangene 7 Jahre (%)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Bevölkerungsentwicklung 2012 bis 2030 (%)	-3,3	-0,2	-7,9	-5,2	-3,1	-3,4	-4,6
Fertilitätsindex (%)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Ausländeranteil (%)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Familienwanderung (Pers. je 1.000 Ew.)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Bildungswanderung (Pers. je 1.000 Ew.)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Wanderung zu Beginn der 2. Lebenshälfte (Pers. je 1.000 Ew.)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Alterswanderung (Pers. je 1.000 Ew.)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Durchschnittsalter (Jahre)	51,7	50,1	49,6	50,7	48,4	49,3	50,2
Medianalter (Jahre)	56,4	53,5	52,9	55,1	51,4	52,5	53,9
Jugendquotient (unter 20-Jährige je 100 Pers. der AG 20-64)	28,8	30,6	33,2	30,9	36,1	31,2	30,2
Altenquotient (ab 65-Jährige je 100 Pers. der AG 20-64)	69,4	63,4	62,9	68,3	59,7	57,3	63,6
Anteil unter 18-Jährige (%)	13,0	14,1	15,2	13,9	16,6	14,8	14,0
Anteil 65- bis 79-Jährige (%)	24,6	22,3	21,6	23,8	20,5	21,5	22,9
Anteil ab 80-Jährige (%)	10,5	10,4	10,5	10,5	10,0	8,9	10,0

k.A. = keine Angabe bei fehlender Verfügbarkeit, unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000.  
Quelle: Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, eigene Berechnungen, Deenst GmbH, Ies

Abbildung 6: Kommunale Daten Friesland II (Quelle: Wegweiser Kommune 2015)

### Begriffsdefinitionen:

**Bildungswanderung:** „Wanderung zu Ausbildungszwecken findet typischerweise in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen statt. Ein positiver Wert dieses Indikators weist auf eine hohe Attraktivität der Kommunen für Studierende und Auszubildende hin. Ein Wanderungsgewinn liegt vor, wenn die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen positiv ist. Ein Wanderungsverlust liegt vor, wenn diese Differenz negativ ist.“ (Wegweiser Kommune 2015)

**Wanderung zu Beginn der 2. Lebenshälfte** (Wanderungssaldo 50-64-Jährige): „Wanderung zu Beginn der so genannten zweiten Lebenshälfte findet aus unterschiedlichsten Gründen statt, wie auch die Ziele ganz unterschiedlich sind. Bedeutende Motive sind Anpassung der Wohnbedürfnisse und z.T. Arbeitsplätze. Ein positiver Wert dieses Indikators weist auf eine hohe Attraktivität der Kommunen als Lebens- und Arbeitsort in der Nachfamilienphase hin. Ein Wanderungsgewinn liegt vor, wenn die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen positiv ist. Ein Wanderungsverlust liegt vor, wenn diese Differenz negativ ist.“ (Wegweiser Kommune 2015)

**Alterswanderung** (Wanderungssaldo der 65-Jährigen und Älteren): „Die Wanderung der 65-Jährigen und Älteren kennzeichnen Motive wie Anpassung der Wohnbedürfnisse, Familiennähe und Gesundheit. Ein positiver Wert dieses Indikators weist auf eine hohe Attraktivität der Kommunen als "Altersruhesitz" hin. Ein Wanderungsgewinn liegt vor, wenn die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen positiv ist. Ein Wanderungsverlust liegt vor, wenn diese Differenz negativ ist.“ (Wegweiser Kommune 2015)

„Der **Jugendquotient** verdeutlicht das Verhältnis von unter 20-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen in einer Kommune. Bei einem Quotienten von 33 stehen 33 unter 20-Jährige 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren gegenüber.“ (Wegweiser Kommune 2015)

„Der **Altenquotient** verdeutlicht das Verhältnis ab 65-Jähriger zu den 20- bis 64- Jährigen in einer Kommune. Bei einem Quotienten von 50 stehen 50 ab 65- Jährige 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren gegenüber.“ (Wegweiser Kommune 2015)

## 1.5 Die Zukunft ist offen und beeinflussbar

Die gesellschaftliche Entwicklung verläuft nicht linear. Heutige Schätzungen über die Bevölkerungsentwicklung gründen immer auf bestimmten Annahmen und gesellschaftlichen Gegebenheiten.

Technische Innovationen, politische Verwerfungen oder Naturereignisse können aber dafür sorgen, dass bereits morgen gänzlich andere Voraussetzungen zu berücksichtigen sind, die unser Zusammenleben beeinflussen. Die aktuellen Konflikte, z.B. in der Ukraine und Syrien, zeigen als Negativ-Beispiele, dass auch im 21. Jahrhundert kriegerische Auseinandersetzungen ausbrechen können, aus denen Landnahme, Flucht, Leid und Hass folgen. Die Auswirkungen dieser Geschehnisse auf die europäischen Gesellschaften, auf Wanderungsbewegungen und Geburtenzahlen, auf Gesamtwirtschaft und Beschäftigungssituation, soziale Sicherungssysteme, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur sind in Gänze noch nicht zu erfassen. Sie werden aber mit Sicherheit deutlich spürbar sein und könnten alle vorherigen Prognosen über die Entwicklungen des Landes „über den Haufen werfen“.

Es sind aber auch menschengemachte Veränderungen denkbar, die schlagartig eine positive Veränderung der Ausgangssituation bringen könnten. Insbesondere technische Innovationen sind dazu geeignet unsere Lebenswelt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter zu verändern. Apple z.B. hat 2007 durch die Einführung des iPhone eine Zeitenwende bei den Mobiltelefonen eingeführt. Was vorher undenkbar war, ist heute Alltag: immer und überall einen Zugang zum Internet zu haben, eine integrierte Kamera, Filme off- oder online anzuschauen oder die Nutzungsmöglichkeit verschiedener Apps.

Ein konkretes und vielleicht gar nicht mehr so abwegiges Beispiel, welches großen Einfluss auf die Zukunft des ländlichen Raumes haben könnte, wird derzeit von Google in Kalifornien getestet: Das völlig autonom fahrende Auto.<sup>1</sup> Wären solche Autos in großer Stückzahl und zu annehmbaren Preisen verfügbar, könnte dies weitreichende Folgen für unsere zukünftige Lebenswelt haben: Ein drastischer Rückgang von Verkehrsunfällen, eine positive Auswirkung auf Umwelt und Gesundheit, eine deutliche Entzerrung des Parkplatzproblems, da diese Autos selbständig weiter außerhalb parken könnten und einen Zeitgewinn für alle MitfahrerInnen, da diese sich nicht auf den Verkehr konzentrieren müssen, sondern während der Fahrt anderen Dingen widmen könnten.

Insbesondere für den ländlichen Raum können solche selbstständig fahrenden Autos eine drastische Verbesserung der Mobilität darstellen. Sie können gemeinschaftlich genutzt und zum Beispiel über ein Smartphone gebucht werden, um Personen an einem Ort A abzuholen und einem Ort B abzusetzen. Durch die Auswertung der Nutzungsstatistiken kann eine passgenaue Flotte an Fahrzeugen vorgehalten werden. Alle Bewohner des ländlichen Raumes würden davon profitieren: Ältere Menschen könnten zum Einkaufen, zu Bekannten oder zum Arzt gebracht werden. Pendler würden vor ihrer Haustür abgeholt und könnten bereits auf der Hinfahrt zum Arbeitsplatz mit ihrer Arbeit beginnen. Und Jugendliche könnten zur Schule, dem Sportverein, dem Musikunterricht, ins Jugendzentrum oder einfach in die nächstgelegene größere Stadt gebracht werden. Auch ein Bring- und Abholservice zu Feierlichkeiten ist denkbar.

Dieses Beispiel soll verdeutlichen, dass die Zukunft tatsächlich viel offener ist als gedacht und die Prognosen über die Entwicklung des ländlichen Raumes weder eindeutig noch zwangsläufig sind. Um den demografischen Wandel aktiv mitzugestalten müssen natürlich auch die Ideen und Ziele der heutigen Jugendlichen berücksichtigt werden. Diese nachwachsende Generation wird schließlich mit den Folgen, im wörtlichen Sinne, „leben müssen“.

---

<sup>1</sup> <https://plus.google.com/+GoogleSelfDrivingCars/posts>

## 2. Den demografischen Wandel bewältigen – Jugendliche beteiligen sich: Demografiewerkstätten im Landkreis Friesland

### 2.1 Die Vorbereitung der Demografiewerkstätten

Im Vorfeld der Demografiewerkstätten hat das Team des Forschungsprojekts „Jugend-Demografie-Dialog“ die aktuelle Fachliteratur zum Thema „Demografischer Wandel“ ausgewertet und zwölf Themenkomplexe herausgearbeitet, die durch den demografischen Wandel auf vielfältige Weise vor Herausforderungen gestellt werden:

1. Mobilität
2. Gesundheit
3. Alter
4. Zivilgesellschaft, Soziales
5. Familie
6. Jugendgerechte Gesellschaft
7. Infrastruktur
8. Wohnen
9. Arbeit, Wirtschaft
10. Bildung, Ausbildung, Beruf
11. Wanderungsbewegungen, Integration, Umgang mit Vielfalt
12. Öffentliche Verwaltung

Hierzu wurde die Arbeitshilfe „Demografie-Werkstatt - Begleitmaterial für die Durchführung“ erstellt. Diese enthält neben allgemeinen Prognosen und der Bedeutung für den ländlichen Raum (siehe auch Kapitel 1 dieses Berichts) für jedes der zwölf Schwerpunktthemen beispielhaft zukünftige Herausforderungen (Probleme sowie sogenannte Lösungsbaukästen. Bei den Lösungsbaukästen handelt es sich um innovative Lösungen aus der Fachliteratur und der Praxis.

### 2.2 Das Verfahren der Demografiewerkstätten

Die Methode der Demografie-Werkstatt ermöglicht es Jugendlichen, sich wirkungsvoll an der politischen Gestaltung des demografischen Wandels in ihrer Region zu beteiligen und eigene Lösungsansätze zu entwickeln. Die Demografie-Werkstatt ist eine sog. „Delphi-Konferenz“ (eine Weiterentwicklung des Konzeptes der *Zukunftswerkstatt* mit Elementen des *Stationenlaufs*, der *6-3-5-Methode*, des *World Cafés* und des *Open Space*), die auch im Großgruppensetting durchgeführt werden kann. Sie umfasst die folgenden Phasen:

1. *Informationsphase*: Die Problemskizze „Demografischer Wandel im ländlichen Raum“ wird den Jugendlichen zielgruppengerecht aufbereitet und vermittelt (z.B. über eine zentrale Präsentation).
2. *Lösungsphase*: Die Jugendlichen erarbeiten in Kleingruppen Lösungen und Vorschläge zu einzelnen Themenkomplexen. Diese Phase unterteilt sich in die folgenden Abschnitte:
  - Eine offene Sammlung von Lösungsvorschlägen der Jugendlichen
  - Diskutieren und Bewerten von sogenannten „Lösungsbausteinen“, in denen innovative Ansätze aus Literatur und Praxis skizziert sind. Diese Lösungsbausteine können für die eigene Region ggf. direkt übernommen oder abgewandelt werden.
  - Nutzung von Kreativmethoden, um weitere Lösungsansätze zu entwickeln
3. *Präsentations- und Gewichtungphase*: Je nach Setting und Gruppengröße werden die Arbeitsergebnisse der Gruppen vorgestellt (z.B. über Präsentationen oder einen Rundlauf). Anschließend können die Jugendlichen diejenigen Ergebnisse hervorheben, die ihnen besonders wichtig erscheinen (Gewichtung durch Verteilen von Klebepunkten).

Um eine angenehme Arbeitsatmosphäre herzustellen werden zwischen den einzelnen Arbeitsschritten regelmäßig Lockerungsübungen und Gruppenspiele durchgeführt.

Die beschriebenen Demografiewerkstätten wurden größtenteils von MitarbeiterInnen des Forschungsprojekts „Jugend-Demografie-Dialog“ durchgeführt. Ergänzend haben weitere Gruppen mithilfe der bereitgestellten Materialien eigene Veranstaltungen durchgeführt.

### **2.3 Die TeilnehmerInnen der Demografiewerkstätten**

Insgesamt haben sich mehr als 500 Jugendliche im Landkreis Friesland mit dem demografischen Wandel auseinandergesetzt und ca. 1400 Lösungsvorschläge (Doppelnennungen der SchülerInnen eingeschlossen) entwickelt:

- Fünf Klassen (9. und 10.) der IGS Friesland-Süd in Zetel
- Vier 10. Klassen der Oberschule Varel
- Vier 10. Klassen des Lothar-Meyer-Gymnasiums in Varel
- Zwei Klassen der Berufsbildenden Schulen Varel
- SchülerInnen des Mariengymnasiums in Jever aus mehreren Klassenstufen (überwiegend 11.Klasse)
- SchülerInnen der Inselschule Wangerooze
- SchülervertreterInnen der IGS Friesland-Nord in Schortens
- Die Oberschule Hohenkirchen
- Mitglieder des Jugendparlaments Zetel und Jugendliche des Jugendtreffs „Steps“ in Zetel
- Jugendliche aus den Jugendzentren im Wangerland
- Jugendliche des Jugendzentrums „Pferdestall“ in Schortens
- Jugendliche des Jugendzentrums Jever
- Die Junge Union Friesland
- Die Jungsozialisten Friesland
- Die Grüne Jugend Friesland
- Der Kreissportbund Friesland
- Die evangelischen Pfadfinder

### **2.4 Die Auswertung der Ergebnisse**

Die Ergebnisse jener Veranstaltungen, die von den MitarbeiterInnen des Forschungsprojekts „Jugend-Demografie-Dialog“ durchgeführt wurden sowie jener Veranstaltungen, von denen dem Team die Ergebnisse zur Verfügung gestellt wurden, sind verschriftlicht worden. Anschließend sind die Beiträge mit einem EDV-gestützten Auswertungsverfahren (MAXQDA) sortiert und kategorisiert worden. Anhand dieser Struktur werden die Ergebnisse im vorliegenden Text zusammengefasst dargestellt.

### **2.5 Kurzausblick auf die Weiterarbeit**

Die Ergebnisse wurden delegierten Jugendlichen der oben genannten Gruppen (drei Delegierte von jeder Einrichtung) und VertreterInnen des Landkreises Friesland im Rahmen einer Jugendkonferenz in Varel präsentiert und für die Weiterarbeit zur Verfügung gestellt.

Im Anschluss daran erfolgt eine Weiterarbeit mit thematischen Arbeitsgruppen nach dem Muster der *Planungszelle für Jugendliche* und dem Einstieg von *Junex-Beratern* („Jungen Experten“). Diese Arbeitsgruppen sollen auch einen Austausch mit den zuständigen Fachdezernaten/-bereichen des Landkreises beinhalten und das Einspeisen in die politischen Prozesse und Gremien auf Kreisebene vorbereiten.

### **3. Die Ergebnisse aus dem Landkreis Friesland: Lösungsvorschläge von Jugendlichen zu den Themenschwerpunkten**

In diesem Kapitel werden die Auswertungsergebnisse der zwölf Themenschwerpunkte dargestellt. Bei jedem Schwerpunkt werden zunächst einige Probleme und Herausforderungen dargelegt, die in der Fachliteratur prognostiziert werden und vor deren Hintergrund die Jugendlichen ihre Lösungsvorschläge entwickelt haben. Daran anschließend werden die Lösungsvorschläge beschrieben. Einige besonders innovative und anschauliche Lösungsvorschläge sind kursiv hervorgehoben. Handelt es sich um Ideen, die aus dem Lösungsbaukasten übernommen bzw. umgewandelt wurden, ist dies in Klammern hinter dem Lösungsvorschlag vermerkt.

#### **3.1 Mobilität**

##### **Probleme und Herausforderungen**

- Die Bevölkerungsabnahme in ländlichen Regionen bedingt Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung und Finanzierung der kommunalen Straßeninfrastruktur sowie eines bedarfs- und qualitätsgerechten Nahverkehrsangebots. Der öffentliche Personennahverkehr einschließlich Schienenpersonennahverkehr ist nicht sichergestellt. (Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer 2011)
- Buslinien verkehren bereits gegenwärtig oftmals nur noch im Schülerverkehr. Durch allorts mittel- und langfristig sinkende Zahlen der SchülerInnen wird diese Tendenz zukünftig weiter verstärkt. (Berlin-Institut 2015)
- Der hohe Motorisierungsgrad und die Bevölkerungsabnahme bewirken wiederum, dass immer weniger LandbewohnerInnen den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, wodurch sich dieses Angebot zukünftig noch weiter verringern wird. (Berlin-Institut 2015; Beauftragter Neue Bundesländer)
- In ländlichen Regionen steigt der Anteil von älteren und hochbetagten Menschen, die wegen Erkrankungen oder anderer Einschränkungen nicht selbst Auto fahren können. (Berlin-Institut 2015)
- Die Zahl der sogenannten „Elterntaxis“ steigt, da Kinder/Jugendliche nicht eigenständig mobil sein können ohne guten ÖPNV (Eltern fehlt Zeit an anderer Stelle). (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2013)
- Lange Fahrzeiten zum nächsten Oberzentrum (Pkw und ÖPNV) (BLE 2013)
- Das Personenbeförderungsgesetz, die Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr und die jeweiligen Landes-ÖPNV-Gesetze haben eine hemmende Wirkung auf die Entstehung flexiblerer, stärker am realen Bedarf orientierter Modelle. (Berlin-Institut 2015)

##### **Lösungsvorschläge der Jugendlichen**

Das Thema „Mobilität“ wurde von neun Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

##### **Öffentlichen Personennahverkehr verbessern**

Der Öffentliche Personennahverkehr ist für die Jugendlichen der Schlüssel, um die individuelle Mobilität in Friesland zu verbessern und sicherzustellen. Hier gibt es sehr viele Beiträge und Gewichtungspunkte. Dies gilt vor allem für die Bevölkerungsgruppen, die keinen eigenen Pkw nutzen können oder dürfen (neben den Jugendlichen werden hier ausdrücklich auch ältere Menschen genannt). Es lassen sich drei Hauptforderungen zusammenfassen:

### Niedrigere Preise für die Nutzung des ÖPNV

Dieser Lösungsansatz ist den Jugendlichen sehr wichtig und betrifft neben Bus und Bahn auch die Taxipreise. Er wird in acht Gruppen gefordert und in fünf dieser Gruppen zusätzlich bepunktet. Über die allgemeine Forderung nach niedrigeren Preisen hinaus werden auch konkrete Umsetzungsvorschläge genannt, wie z.B. die Einführung eines Zonensystems oder die Ausweitung der vergünstigten Kinderfahrkarte bis zum 18. Lebensjahr. Um attraktivere und kundenfreundlichere Nutzungspreise zu schaffen, wird auch vorgeschlagen eine stärkere Konkurrenz zwischen einzelnen Busunternehmen zu erzeugen, notfalls auch durch die Subvention von alternativen Wettbewerbern.

Ein besonderes Ärgernis stellt für die SchülerInnen ab Klasse 10 und auch die Azubis dar, dass sie ihre Schulbusbeförderung selbst bezahlen müssen. Sie fordern eine kostenlose Beförderung für alle (Berufs)-SchülerInnen des Landkreises Friesland.

### Bessere ÖPNV Verbindungen

Das ÖPNV Netz soll gerade in den ländlichen Regionen verbessert und ausgebaut werden, um den dort lebenden Menschen den Weg zu Schule, zur Arbeit oder zu sonstigen Stellen zu erleichtern. SchülerInnen ohne Busanbindung sollen notfalls per Taxis gebracht werden. Ein späterer Schulbeginn würde die Zeit-Problematik vieler SchülerInnen mit langen Anfahrtswegen deutlich entschärfen. Insbesondere die Erreichbarkeit der Ballungsräume soll verbessert und vereinfacht werden. Als konkrete Lösung wird hier die Zusammenlegung von ZOB und Bahnhof in Varel gefordert, um Umsteigezeiten zu reduzieren.

*Um den Kreislauf aus schlechtem ÖPNV-Angebot -> wenig Nachfrage -> noch schlechteres ÖPNV-Angebot zu unterbrechen, wird eine staatlich subventionierte Testphase von zwei Jahren vorgeschlagen. In dieser Zeit sollen die ÖPNV-Verbindungen massiv ausgeweitet werden. Die Jugendlichen gehen davon aus, dass die Inanspruchnahme des ÖPNV durch diese Verbesserung deutlich ansteigen wird. Im Anschluss an diese Testphase könnte das veränderte Nutzungsverhalten ausgewertet werden, um neu ausgelastete Verbindungen auch weiterhin aufrechtzuerhalten.*

Im Zuge einer solchen Verbesserung des ÖPNV-Angebotes sollte auch die *Kombination von Fahrradnutzung und ÖPNV durch Leihfahrräder/Leihelektrofahrräder als Zubringer* und Bushalterungen zur Mitnahme von Fahrrädern ermöglicht werden (beides Lösungsbaukasten).

### Bessere Fahrzeiten des ÖPNV

Dieser Punkt wird ebenfalls hoch gewichtet und ist eng verknüpft mit der Forderung nach besseren Verbindungen. Der ÖPNV soll insgesamt enger getaktet und auch am Wochenende sowie zu Abend- und Nachtzeiten angeboten werden, um zu diesen Zeiten die Ballungsräume erreichen zu können. Der nächtliche ÖPNV-Verkehr („Nachteule“, „Nightexpress“) wird in sechs Gruppen vorgeschlagen und auch hoch gewichtet.

*Um eventuellen Auseinandersetzungen zwischen Partygästen bei einem nächtlichen ÖPNV-Angebot wirkungsvoll begegnen zu können, wird der Einsatz von Konfliktlotsen (z.B. Ehrenamtliche, Jugendliche) vorgeschlagen. Dadurch würden auch Bus- oder Zugfahrer bei ihrer Arbeit entlastet.*

Als Ergänzung zu einem solchen ausgeweiteten ÖPNV-Angebot wird häufig der Einsatz von Rufbussen und Anruf-Sammel-Taxis vorgeschlagen (Lösungsbaukasten). Auch „Anfrageknöpfe“ bei Bushaltestellen werden hier vorgeschlagen.

Viele Jugendliche wünschen sich insgesamt eine angenehmere Nutzung von Orten und Angeboten des ÖPNV. Dazu gehören z.B. mehr Überdachungen für Bushaltestellen, gepflegtere Bahnhöfe und „freundliche Busfahrer“.

*Ausgehend von der Frage, wie mit unfreundlichen BusfahrerInnen umgegangen werden kann, wurde in einer Gruppe ein Feedback-System entwickelt, welches allen Kunden ermöglichen soll, auf verschiedenen Wegen eine Rückmeldung an BusfahrerIn und Busunternehmen zu geben, z.B. über Bewertungspapierbögen im Bus, Touchscreen-Monitore im Bus oder über eine Online-Anwendung/eine App. Auf diesem Weg kann schließlich nicht nur die Qualität, sondern auch der Kundenbedarf erfragt werden.*

Weitere Nennungen zum Thema ÖPNV:

- Mehr E-Bikes
- Extrabus für Ältere
- Busbegleitung für ältere Leute
- Lösungsbaukasten: Kombination von Personen- und Güterverkehr (inkl. Aufbau einer Dispositions- und Mobilitätszentrale, die bisherige Parallelfahrten logistisch verbindet)

### **Autofahren U 18**

In vier Gruppen wird als sehr hoch bewertete Lösung vorgeschlagen, das Mindestalter für den Führerschein zu senken (die Vorschläge gehen von 15 bis zu 17 Jahren). Dadurch sollen Jugendliche in ländlichen Regionen und bei großen Entfernungen (z.B. Weg zur Ausbildung) deutlich mobiler sein (siehe auch Thema „Bildung“). Diesem Lösungsansatz sind auch die Vorschläge zuzuordnen, dass *Treibstoff für Autos im ländlichen Raum verbilligt* werden soll.

### **Gemeinschaftliche Nutzung von PKW fördern**

Viele Vorschläge der Jugendlichen zielen auf eine bessere Auslastung des bestehenden PKW-Verkehrs durch die gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen ab (eigene Idee und Lösungsbaukasten).

Es sollen mehr Fahrgemeinschaften gebildet werden, die man über bestimmte Interessensgruppen, die Schule oder über App-Anwendungen organisieren kann.

Eine weitere Möglichkeit der gemeinsamen PKW-Nutzung ist das *Mitfahren („Trampen“) in gekennzeichneten Fahrzeugen* (Lösungsbaukasten). Die Kennzeichnung macht deutlich, dass der/die FahrerIn registriert ist und bestimmte Anforderungen erfüllt (z.B. Führungszeugnis, Unfallfreiheit und keine Punkte).

### **Schaffung ehrenamtlicher Mobilitätsangebote**

Der Einsatz von Bürgerbussen wird in acht Gruppen als Lösungsvorschlag genannt (eigene Ideen und Lösungsbaukasten) und auch relativ hoch gewichtet. Insbesondere die *Bürgerbus-Varianten für Bevölkerungsgruppen ohne Zugang zu einem eigenen Pkw* werden mehrfach genannt: Fahrten für Jugendliche zum Ausgehen oder Ausflüge (z.B. über die Jugendpflege organisiert) und für Senioren, z.B. zum Einkaufen, Seniorentreff, etc. Auch eine bedarfsgerechte Aufteilung zwischen den Generationen („Bus am Vormittag für die Älteren“) wird vorgeschlagen. Die Busse könnten von Ehrenamtlichen („fitter und fahrtüchtige Rentner“) oder Mini-Jobbern gefahren werden (siehe auch Themen „Alter“ und „Zivilgesellschaft“).

*Hol- und Bringservicedienste* werden von fünf Gruppen als Lösungsvorschläge genannt (Lösungsbaukasten). Diese könnten entweder ehrenamtlich, in Verbindung mit bestehenden Angeboten (z.B. Zusatzaufgabe für Pflegedienste), oder als eigenständiges neues Berufsfeld angeboten werden.

Viele Gruppen schlagen die Bereitstellung weiterer App-Anwendungen vor, um einen einfachen und unkomplizierten Zugang zu Informationen und Anwendungen sicherzustellen (Busfahrplan, Fahrgemeinschaften, MitfahrerInnen).

Durch bessere Radwege und Fahrradgemeinschaften, z.B. für Pendler, kann die Nutzung von Fahrrädern als Verkehrsmittel gefördert werden. Dazu gehört auch die größere Verfügbarkeit von E-Bikes (z.B. durch Verleih).

**Weitere Ideen zum Thema „Mobilität“:**

- Beruf Taxi- Busfahrer attraktiver machen
- Fahrtauglichkeitsprüfung für ältere Menschen!
- Selbstfahrende Autos (wie z.B. gerade von Google entwickelt) nutzen

**Unklare Beiträge:**

- Bürgerbegehren Bürgerentscheid? (Unterschriftenliste, etc.)
- Wann und wo: Voting unter Jugendlichen
- Infoabend im Bürgerhaus – gute Argumente → Warum?
- Wahl an mehreren Tagen nach Infoabend
- Umfrage (wer den Verkehr auch zu späteren Zeiten nutzt)

## 3.2 Gesundheit

### Probleme und Herausforderungen

- In vielen ländlichen Regionen ist die wohnortnahe medizinische Grundversorgung nicht ausreichend gewährleistet. Die PatientInnen müssen weite Wege zurücklegen. (Bayerische Staatsregierung 2011; Berlin-Institut 2015)
- Gleiches gilt für die medizinische Notfallversorgung im ländlichen Raum. (Bayerische Staatsregierung 2011; Berlin-Institut 2015)
- Die Altersstruktur der niedergelassenen Ärzte in ländlichen Regionen ist oftmals ungünstig: Viele Landärzte finden keine(n) NachfolgerIn für ihre Praxis. (Bayerische Staatsregierung 2011; Berlin-Institut 2015)
- Durch eine älter werdende Gesellschaft steigt der Bedarf an ärztlicher Versorgung gerade im Bereich der Altersmedizin (Anstieg multimorbider, chronischer und degenerativer Erkrankungen). In diesem Bereich herrscht schon heute ein Ärztemangel. (Beauftragter Neue Bundesländer 2011; Bayerische Staatsregierung 2011; Niedersächsische Landesregierung 2012; Naegele 2013)

### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Gesundheit“ wurde von sechs Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

#### Mehr (Land-)ÄrztInnen gewinnen

Ein Schwerpunkt hinsichtlich der Gewinnung von LandärztInnen ist die Schaffung von Anreizen. Dabei kann es sich um *neue Arbeitszeitmodelle für ÄrztInnen* (z.B. befristete Tätigkeiten; Lösungsbaustein), höhere Löhne, mehr Urlaubstage und ein Begrüßungsgeld für LandärztInnen handeln.

*Darüber hinaus können ÄrztInnen und ihre Familien beim Umzug in den ländlichen Raum unterstützt werden. Die Gemeinde kann sie bei der Suche nach geeigneten Praxis- und Wohnräumen, aber auch bei der Suche nach einer Arbeitsstelle für den/die mitziehende/n PartnerIn sowie der Suche nach einer geeigneten Kinderbetreuung und einer Schule für die Kinder unterstützen.*

Im ländlichen Raum finden viele LandärztInnen, die altersbedingt ihre Praxis aufgeben müssen, kein/e NachfolgerIn.

*Um dem Problem zu begegnen, dass Landärzte keine/n NachfolgerIn für ihre Praxis finden, wurde von den Jugendlichen die Lösung entwickelt, dass sich ältere ÄrztInnen frühzeitig jüngere ÄrztInnen in die Praxis holen und diese gemeinsam die Praxis führen, sodass die Praxisnachfolge langfristig gesichert ist. Mittelfristig gehen mit der steigenden Zahl von ÄrztInnen und PraxismitarbeiterInnen längere Sprechzeiten und der Umstand einher, dass sich die ÄrztInnen (z.B. während des Urlaubs) gegenseitig vertreten können und sich die PatientInnen somit nicht umgewöhnen müssen.*

Weitere Ideen umfassen die Schaffung von Studienmöglichkeiten und Praktikumsstellen für MedizinstudentInnen im ländlichen Raum sowie die direkte Motivation von SchülerInnen im ländlichen Raum ein Medizinstudium oder eine Ausbildung im medizinischen Bereich zu absolvieren. Hierfür können ÄrztInnen bei Schulveranstaltungen SchülerInnen ihren Beruf näher bringen. Vielfach geäußert bzw. bepunktet wurde in diesem Zusammenhang die Idee, den *Zugang zum Medizinstudium zu erleichtern*. Dies könnte durch zusätzliche Ausbildungskapazitäten für NachwuchsmedizinerInnen an Universitäten (insbesondere Allgemeinmedizin) (Lösungsbaukasten),

den Ausbau von Stipendienprogrammen für MedizinstudentInnen (Lösungsbaukasten) und die Absenkung der Zugangsvoraussetzungen an Universitäten gelingen.

### **Mobile medizinische Dienste**

Der Schwerpunkt der Lösungsvorschläge liegt auf mobilen ÄrztInnen bzw. mobilen Arztpraxen. Aus Sicht der Jugendlichen sollen klassische Hausbesuche wiederbelebt werden.

*Medizinische Versorgung mittels rollender Arztpraxen, für die geeignete Fahrzeuge (insbesondere Kleinbusse) umgebaut und mit einer medizinischen Grundausrüstung ausgestattet werden. Diese mobilen Arztpraxen fahren in regelmäßigen Intervallen durch den ländlichen Raum und versorgen PatientInnen vor Ort, sodass diese sich die teils langen Wege zur nächstgelegenen Arztpraxis sparen. Dies ist besonders für die medizinische Versorgung älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen wichtig. Weitere Umsetzungsformen sind Apothekenlieferdienste und der Ausbau der mobilen Krankenpflege (siehe auch Thema „Alter“).*

### **Mehr Geld in Medizin investieren**

Um drohenden Engpässen in der medizinischen Versorgung zu begegnen, muss mehr Geld in die Medizin investiert werden. Das Geld soll in die Forschung fließen, sodass die Entwicklung neuer Medikamente und die Demenzforschung vorangetrieben werden können. Gleichmaßen sollen sowohl die Anzahl als auch die Qualität von Krankenhäusern erhöht werden. Es wird von den Jugendlichen ebenfalls vorgeschlagen, dass die Krankenkassen mehr Kosten übernehmen.

### **Aufklärung, Gesundheitserziehung**

Vielen Erkrankungen kann durch eine gesunde Lebensweise vorgebeugt werden. Um diese Lebensweise zu fördern, bedarf es bereits in der Schule einer besseren gesundheitlichen Aufklärung und gesünderem Schulessen. Doch auch über das Schulalter hinaus können eine gesunde Ernährung und sportliche Aktivitäten die Gesundheit steigern. Dies soll durch Beratungsstellen für die gesundheitliche Aufklärung gefördert werden.

### **Transportmöglichkeiten für Kranke**

Um mobilitätseingeschränkten Menschen lange und umständliche Wege zu ersparen, sollen verstärkt Krankentransporte eingesetzt werden.

*Das „Krankenmobil“: Diese Mobile werden beispielsweise von Ehrenamtlichen gefahren (in Form des Bürgerbusses auch aus dem Lösungsbaukasten von den Jugendlichen gewählt), die die Erkrankten zur Untersuchung oder Behandlung und zurück fahren (siehe auch Thema „Mobilität“). Finanziert werden können „Krankenmobile“ über die Krankenversicherung oder über Spenden.*

### **Einfache medizinische Versorgung ohne ÄrztInnen**

Nicht für jede medizinische Versorgung von PatientInnen sind ÄrztInnen notwendig. Einfache Tätigkeiten, z.B. Blutabnehmen, Blutdruckmessen oder Verbandswechsel, können zur Entlastung von Ärzten von ArzthelferInnen durchgeführt werden. In immer mehr Landkreisen gibt es bereits sogenannte „Gemeindeschwestern“ (Lösungsbaukasten). Diese Lösung wird von vielen Jugendlichen befürwortet.

*Eine weitere Idee konzentriert sich auf die verstärkte Anwerbung und Ausbildung von Ehrenamtlichen zu SanitäterInnen, welche dann vor Ort die einfache medizinische Versorgung übernehmen, für die nicht zwingend ein/e ÄrztIn erforderlich ist. Personengruppen, die für eine solche Ausbildung zum/zur SanitäterIn besonders in Frage käme, sind Haushaltshilfen*

*von älteren Menschen sowie junge Menschen, für die sich dadurch womöglich eine Berufsorientierung bietet.*

### **Telemedizin ausbauen**

Eine weitere Lösung für den Ärztemangel auf dem Land ist der Ausbau der *Telemedizin* (Lösungsbaukasten). Hierbei muss aus Sicht der Jugendlichen jedoch sichergestellt werden, dass es aufgrund der Entfernung nicht zu unsicheren Diagnosen kommt.

*Diese Gefahr ungenauer Diagnosen aus der Ferne könnte nach Meinung der Jugendlichen durch die Kombination mit dem Einsatz von SanitäterInnen abgemildert werden, die direkt bei den PatientInnen vor Ort sind und während der Diagnose und Behandlung Unterstützung von ÄrztInnen aus der Ferne erhalten.*

### **Weitere Ideen zum Thema „Gesundheit“:**

- Werbekampagnen für den Arztberuf
- Kooperation von Praxen in der Stadt und auf dem Land
- Gemeindepraxen mit festangestellten ÄrztInnen (Lösungsbaukasten)
- Eröffnung von Zweigpraxen und Zweigstellen von Apotheken (Lösungsbaukasten)
- Roboter übernehmen einfache medizinische Versorgung
- Ärztehaus speziell für ältere Menschen (inkl. Reha, etc.) (siehe auch Thema „Alter“)
- Notfallversorgung optimieren: spezielle Notärzte für ältere Menschen
- Aktive/passive Sterbehilfe
- Deutschkurse für ausländische ÄrztInnen

### 3.3 Alter

#### Probleme und Herausforderungen

- Mit der wachsenden Zahl Älterer und Hochbetagter wird die Zahl der Pflegebedürftigen stark ansteigen. (BRD: auf 3,3 Mio. 2030, gegenüber 2,4 Mio. 2011) (Berlin-Institut 2015, BMI 2001, 2012)
- Bis zum Jahr 2050 könnte sich die Zahl der Demenzkranken verdoppeln. (2011: 1,2 Mio) (BMI 2011)
- Insbesondere im Bereich der Pflege droht ein Fachkräftemangel. (BMVBS 2012, Berlin-Institut 2015)
- Da aber immer mehr Menschen nicht auf familiäre Hilfe zurückgreifen können (da z.B. die junge Generation fortgezogen ist), gewinnen neue Formen ambulanter Pflege/Betreuung einschließlich sozialer Netzwerke, neuer Wohnformen und nachbarschaftlicher Hilfen an Bedeutung. (BMI 2011, 2012, Berlin-Institut 2015)
- Die Verschiebung der Altersstruktur und die steigende Lebenserwartung erhöhen in Bezug auf den Erhalt des selbstbestimmten Lebens im Alter den Bedarf an altersgerechtem Wohnen und altersgerechter Mobilität. (BMI 2012)
- Die Alterung der Gesellschaft führt dazu, dass die Pflegeversicherung durch das gegenwärtige Finanzierungsmodell langfristig nicht ausreichen wird. (BMI 2012)
- Die Verschiebung der Altersstruktur (Verschlechterung des Altenquotienten) sowie die steigende Lebenserwartung führen zu einer Überlastung des umlagefinanzierten Systems der gesetzlichen Rentenversicherung. (Bundeszentrale für politische Bildung 2013)
- Friesland Anteil 65-79-jährige 2012: 18,2% (2030: 22,4%) und Anteil ab 80-Jährige 2012: 5,8% (2030: 10,2%), Altenquotient 2012: 42,2; Prognose 2030: 63,3 (Wegweiser Kommune)

#### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Alter“ wurde von sieben Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

##### Mehr Pflegekräfte gewinnen

Um den wachsenden Pflegebedarf abdecken zu können, müssen mehr professionelle Pflegekräfte gewonnen werden. Die Jugendlichen sehen Lohnerhöhungen im Bereich der Altenpflege als vielversprechende Lösung, um das Berufsfeld attraktiver zu machen. Dafür sind jedoch auch ein allgemeiner Imagewechsel und der Abbau von Vorurteilen gegenüber der Altenpflege notwendig. Eine Vielzahl von Beiträgen spricht sich für Praktika in der Altenpflege aus.

*Um sich ein realistisches Bild der Altenpflege zu verschaffen, sehen die Jugendlichen verpflichtende Praktika in diesem Bereich als Möglichkeit (unter Umständen vom Staat bezahlt). Diese verpflichtenden Praktika könnte innerhalb der Schulzeit als „Schnuppertage“, beispielsweise in einem Altenheim, durchgeführt werden.*

Auch die verstärkte Gewinnung von EinwanderInnen für Pflegeberufe durch ein schnelleres/leichteres Einwanderungsverfahren sowie Sprachkurse sehen die Jugendlichen als Chance. Eine weitere Idee beschäftigt sich mit der Wiedereinführung des Zivildienstes, um dem steigenden Pflegebedarf zu begegnen. Gleichzeitig befürworteten die Jugendlichen die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements als Ergänzung zur professionellen Pflege (Lösungsbaukasten).

##### Altersgerechte Infrastruktur

Die Schaffung einer altersgerechten Infrastruktur erhöht die Lebensqualität und die Selbstbestimmung älterer Menschen im ländlichen Raum. Als einen Schwerpunkt sehen die Jugendlichen hierbei altersgerechte Wohnformen (siehe auch Thema „Wohnen“).

*Sogenannte Seniorensiedlungen oder betreute Wohnlandschaften bieten älteren Menschen ein hohes Maß an Selbstbestimmung. Der Wohnraum in diesen Siedlungen ist altersgerecht und behindertengerecht gestaltet und idealerweise gemeinsam mit den BewohnerInnen geplant. Die Wohnsiedlungen enthalten wichtige Versorgungsstrukturen, wie die medizinische Versorgung („Ärztelhaus für ältere Menschen“), Einkaufsmöglichkeiten sowie professionelle Betreuung im Bedarfsfall.*

Hinsichtlich der altersgerechten Struktur ist für die Jugendlichen der Infrastrukturausbau mit ehrenamtlichem Engagement wichtig (Lösungsbaukasten). Darüber hinaus eignen sich aus Sicht der Jugendlichen Wohngemeinschaften speziell für Senioren, aber auch generationsübergreifende Wohngemeinschaften, in denen sich die Generationen gegenseitig unterstützen. Für diese innovativen Wohnformen soll es *Modell- und Förderprogramme* geben (Lösungsbaukasten) und leerstehende Gebäude sollen umgebaut und nutzbar gemacht werden (Lösungsbaukasten).

### **Soziale Unterstützungsleistungen für Ältere im Alltag**

Der Schwerpunkt bei der sozialen Unterstützung älterer Menschen liegt für die Jugendlichen im Bereich des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen für ältere Menschen.

*Die Jugendlichen schlagen eine Plattform vor, auf der Jugendliche ihre Hilfsangebote anbieten (z.B. Einkäufe erledigen oder Gassi gehen) und Ältere nach Unterstützung suchen können. Wie diese Plattform aussehen könnte, ob online oder offline, muss noch ausgearbeitet werden. Dieser Vorschlag wird durch eine Vielzahl von Gewichtungspunkten der Jugendlichen besonders gestärkt.*

Zunächst können Unterstützungsangebote in der Zeitung inseriert oder an geeigneten Orten ausgehängt werden, z.B. in Arztpraxen oder in Altersheimen.

*Kleine Anreize für dieses ehrenamtliche Engagement können durch ein „Taschengeld“ oder ein Stempelheft geschaffen werden, in dem die Jugendlichen für ihre Tätigkeiten Stempel sammeln und für ein volles Heft einen Gutschein o.Ä. bekommen.*

Das ehrenamtliche Engagement beschränkt sich jedoch nicht nur auf Jugendliche, sondern auch auf Menschen mittleren Alters, die beispielsweise auch Fahrten zur Verwaltung oder zur Arztpraxis übernehmen können (siehe auch Themen „Zivilgesellschaft, Soziales“ „Öffentliche Verwaltung“).

Darüber hinaus schlagen die Jugendlichen die Ausweitung von Lieferdiensten für ältere Menschen im ländlichen Raum vor. Zukünftig können abgelegene Gegenden womöglich mit *Transportdrohnen* versorgt werden (eigene Idee und Lösungsbaukasten).

### **Mehr Angebote für Ältere**

Die Lebensqualität wird auch maßgeblich durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Freizeitangeboten beeinflusst. Die Jugendlichen haben die Idee, dass es mehr Treffpunkte für Ältere geben muss, vergleichbar mit Orten, an denen sich Jugendliche wohlfühlen (von ihnen „*Jugendzentrum für ältere Menschen*“ genannt). Dort könnten Kaffeerunden, kulturelle Angebote, Sport, Wanderausflüge, etc. stattfinden. Ein weiterer Lösungsvorschlag, der schon vielerorts in Deutschland existiert, ist ein sogenannter Rentnerspielplatz.

Die Jugendlichen sehen eine große Chance in generationsübergreifenden Angeboten (siehe auch Themen „Zivilgesellschaft, Soziales“ und „Jugendgerechte Gesellschaft“).

*Die Generationen können bei gemeinsamen Aktivitäten viel voneinander lernen, z.B. in gemeinsamen Kochkursen oder Kursen für technische Geräte. Die Generationen könnten auch gemeinsame Projekte entwickeln und durchführen.*

### **Unterstützung von Angehörigen**

Entscheiden sich Menschen, ihre pflegebedürftigen Angehörigen selbst zuhause zu betreuen, müssen sie finanziell unterstützt werden. Die pflegenden Angehörigen sollen darüber hinaus mit thematischen Kursen unterstützt werden.

*In diesem Kontext befürworten die Jugendlichen eine staatliche geförderte Familienpflegezeit, d.h. einen Lohnersatz für Pflegende (Lösungsbaukasten), insofern gewährleistet wird, dass keine Leistungen erschlichen werden können.*

### **Förderung ambulanter Pflegedienste**

Mehrere Beiträge sprechen sich dafür aus, dass mobile Pflegedienste noch stärker ausgebaut werden, damit Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrem Zuhause bleiben können (eigene Idee und Lösungsbaukasten). Außerdem müssen Wege gefunden werden, Pflegemittel günstiger zu machen und die Zahl an Pflegemittelspenden zu erhöhen.

### **Reform der Rente(nversicherung)**

Aus Sicht der Jugendlichen muss das Finanzierungssystem der Rentenversicherung modernisiert werden.

*Eine Möglichkeit wäre die berufsbedingte Ausweitung des Rentenalters. Wann eine Person in Rente geht, hängt nach diesem Modell nicht vom Alter, sondern von der durchschnittlichen Belastung innerhalb des ausgeübten Berufes ab. Dies gilt beispielsweise für handwerkliche Berufe.*

Einige Beiträge sprechen sich für die Förderung privater bzw. betrieblicher Altersvorsorge aus (eigene Idee und Lösungsbaukasten). Hierfür müssen insbesondere für junge Menschen Anreize geschaffen werden, frühzeitig eine Zusatzrente aufzubauen (Lösungsbaukasten).

### **Technische Unterstützungsleistungen für Ältere im Alltag**

Um älteren Menschen und Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und die Pflegenden zu entlasten, sollen technische Assistenzsysteme (fort-)entwickelt werden (eigene Idee und Lösungsbaukasten). Die Jugendlichen betrachten die verstärkte Verwendung von *Computersystemen für Schwerstbehinderte* und zukünftig auch den *Einsatz von Robotern* als Lösungen.

### **Ältere aktiv einbeziehen**

Ältere besitzen wertvolle Fähigkeiten und Wissen, welches nicht durch Ignoranz verloren gehen sollte. Deshalb ist es wichtig, dass Unternehmen bei der Besetzung von Stellen vermehrt auf die Fähigkeiten und nicht vorrangig auf das Alter achten. Nicht nur im Berufsleben, sondern auch im Gemeinschaftsleben sollen *Ältere verstärkt einbezogen* werden (Partizipation). Dies gilt beispielsweise für die Planung von Gebäuden, damit diese den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht werden. Auch *bei Schulprojekten und Projekten in der Kinder- und Jugendarbeit* sehen die Jugendlichen eine große Chance ältere Menschen miteinzubeziehen (siehe auch Thema „Zivilgesellschaft“).

### **Weitere Ideen zum Thema „Alter“:**

- Werbekampagnen für das Berufsfeld Altenpflege
- Behindertengerechter Umbau aller öffentlichen Einrichtungen
- Persönliche/r PflegerIn für Demenzkranke

## 3.4 Zivilgesellschaft, Soziales

### Probleme und Herausforderungen

- Die Verschiebung in der Altersstruktur und die Bevölkerungsabnahme bedingen, dass Ehrenamtliche zahlenmäßig weniger werden und im Durchschnitt älter sind. (Niedersächsische Landesregierung 2012)
- Gleichzeitig steigt der Bedarf an ehrenamtlichem Engagement bei enger werdenden finanziellen Handlungsspielräumen des Staates. (Niedersächsische Landesregierung 2012)
- Die Nachbarschaftshilfestrukturen nehmen stark ab.
- Lang gepflegte Traditionen der dörflichen Gemeinschaft werden aufgegeben.
- In stark alternden, ländlichen Regionen steigt der Bedarf an informellen Netzen, die insbesondere in der Alltagshilfe und Pflege unterstützend wirken können. (BMI 2011)
- Zivilgesellschaftlichen Organisationen (Umweltverbände, Gewerkschaften, Parteien, Freiwillige Feuerwehr, Kultur-Sportvereine, Tafeln, etc.) mangelt es an Nachwuchs. (Berlin-Institut 2015, Beauftragter Neue Bundesländer 2011)
- Freiwillige Feuerwehren können immer weniger ausreichend Mitglieder gewinnen, besonders in ländlichen Regionen, wo Erwerbstätige werktags pendeln. Die Gefahrenabwehr ist nur noch eingeschränkt möglich. (Beauftragter Neue Bundesländer 2011; Berlin-Institut 2015; Niedersächsische Landesregierung 2012)

### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Zivilgesellschaft, Soziales“ wurde von acht Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

#### Ehrenamt fördern

Um die Zahl von Menschen zu erhöhen, die sich ehrenamtlich engagieren, bedarf es einer *verbesserten Informationsstruktur*, wo dieses Engagement möglich und nötig ist. Insgesamt muss mehr Werbung für das Ehrenamt gemacht werden. Dies kann beispielsweise durch Messen für ehrenamtliche Tätigkeiten, Tauschbörsen, Newsletter oder Aushänge an schwarzen Brettern umgesetzt werden. Zudem soll der Ausbau von Freiwilligenagenturen gefördert und in sozialen Netzwerken für ehrenamtliches Engagement geworben werden (Lösungsbaukästen).

*Die Jugendlichen schlagen eine Ehrenamtsbörse für den Landkreis Friesland vor, in der Personen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten, und Personen, die Unterstützung benötigen, zueinander finden können. Diese Idee wird durch viele Gewichtungspunkte gestärkt.*

Eine weitere Möglichkeit stellt die Schaffung von *Anreizen bzw. Vorteilen für ehrenamtlich Engagierte* dar. In erster Linie werden hier finanzielle Anerkennung und Vergünstigungen für Ehrenamtliche in Form von Gutscheinen (z.B. freier Eintritt ins Schwimmbad, Zoo, etc.) genannt. Hierfür bietet sich ein Stempelheft für soziale Tätigkeiten an (siehe auch Thema „Alter“). Darüber hinaus schlagen die Jugendlichen vor, dass ehrenamtliches Engagement Vorteile auf dem Arbeitsmarkt bringen soll. Aber auch die immaterielle Anerkennung in Form von Veranstaltungen als Dankeschön wird vorgeschlagen.

*Um auch besonders Jugendliche als Ehrenamtliche zu gewinnen, kann das Ehrenamt durch die Schule gefördert werden. Schulen können das ehrenamtliche Engagement als Pflichtfach bzw. AG einführen und direkt mit ehrenamtlichen Angeboten kooperieren.*

### **Mehr ehrenamtliche Angebote**

Der Alltag von älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen kann durch gezieltes ehrenamtliches Engagement erleichtert werden (ausführliche Erläuterung siehe Thema „Alter“). Gleichzeitig sollten mehr ältere Menschen selbst für ehrenamtliche Projekte gewonnen werden (eigene Idee und Lösungsbaukasten). Sie können vielen Jüngeren als Vorbild dienen und ihr Wissen weitergeben. Dadurch wird das Verhältnis von Jung und Alt gefördert und die ältere Generation hat vermehrt soziale Kontakte.

*Die Jugendlichen sprechen sich auch für eine Nachbarschaftshilfebörse und das Modell der Zeitbank aus, eine organisierte Form der Nachbarschaftshilfe, bei dem jede/r der/die sich engagiert Punkte sammelt, die er/sie selbst für Hilfeleistungen ausgeben kann (eigene Idee und Lösungsbaukasten).*

### **Gemeinschaftliches Miteinander fördern**

Für die Jugendlichen hat die Förderung des gemeinschaftlichen Miteinanders einen hohen Stellenwert. Ihnen ist daran gelegen, Orte der Begegnung in zentraler Lage zu schaffen (eigene Idee und Lösungsbaukasten). In diesem Zusammenhang sollen die Mehrgenerationenhäuser ausgebaut werden (Lösungsbaukasten).

Darüber hinaus soll die nicht-virtuelle Kommunikation gefördert werden. Die Jugendlichen schlagen diesbezüglich ein Mindestalter für den Gebrauch von Smartphones (13-14 Jahre) und die Förderung des Lesens vor.

Gleichermaßen fordern die Jugendlichen mehr Respekt füreinander. Als Negativbeispiel führen sie hier den Trend an, entwürdigende Bilder oder Videos von Anderen ins Internet einzustellen.

### **Feuerwehren stärken**

Um wieder ausreichend Mitglieder für die Freiwillige Feuerwehr zu finden, muss noch mehr Werbung getätigt werden.

*Es soll Brandschutzerziehung an Schulen angeboten werden (eigene Idee und Lösungsbaukasten), beispielsweise als AG in Schulen. Dadurch kann bei SchülerInnen bereits in frühen Jahren das Interesse am Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr geweckt werden.*

Zusätzlich kann durch einzelne Projektstage mit Lernmaterial an Schulen für die Freiwillige Feuerwehr geworben werden (Lösungsbaukasten).

Der Mangel an Feuerwehrkräften kann durch den Ausbau von Berufsfeuerwehren abgemildert werden. Ferner schlagen die Jugendlichen vor, die Sicherstellung der Gefahrenabwehr durch Kooperationen mehrerer Feuerwehren zu gewährleisten.

### **Weitere Ideen zum Thema „Zivilgesellschaft, Soziales“:**

- Bürgernetzwerke fördern Selbsthilfe, Selbstbestimmung, Teilhabe und freiwilliges Engagement (Lösungsbaukasten)
- Ehrenamtliche Tätigkeiten im Konfirmandenunterricht
- Kostenloses Essen für alle

## 3.5 Familie

### Probleme und Herausforderungen

- Die Geburtenziffer in Deutschland ist seit Mitte der 1990er Jahre relativ konstant und steigt in den letzten Jahren sogar leicht an. Die Zahl der Geburten steigt jedoch nicht in gleichem Maße, da die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter sinkt. Die Generation der sogenannten „Babyboomer“ wird immer älter, so dass ab ca. 2020 eine kontinuierliche Abnahme der Geburten erwartet wird. (Statistisches Bundesamt 2012)
- Mütter in Deutschland sind bei der Geburt ihrer Kinder immer älter und der Anteil von kinderlosen Frauen steigt. Unter Akademikerinnen ist der Anteil von kinderlosen Frauen besonders hoch. (Statistisches Bundesamt 2012)
- Die Zahl kinderloser Erwachsener mit Kinderwunsch in Deutschland steigt. Bei den Voraussetzungen, die für die Umsetzung einer Familiengründung erfüllt sein müssen, werden berufliche und finanzielle Gründe immer unwichtiger. Die Bedeutung einer gesicherten Kinderbetreuung nimmt hingegen zu. (Institut für Demoskopie Allensbach 2013)
- Es besteht der Wunsch vieler Frauen und auch Männer, Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Frauen wollen dabei vor allem früher und „besser“ wieder in den Beruf einsteigen und immer mehr Männer möchten, zumindest zeitweise, ihre Arbeitszeiten reduzieren. (Institut für Demoskopie Allensbach 2013, Forsa 2013)
- Zwei Drittel der Bevölkerung haben den Eindruck, dass sich Familie und Beruf in Deutschland nicht gut miteinander vereinbaren lassen. (Institut für Demoskopie Allensbach 2013)

### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Familie“ wurde von insgesamt sieben Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

#### Verbesserung der öffentlichen Kinderbetreuung

Eine sehr große Zahl von Lösungsvorschlägen mit vielen Gewichtungspunkten von Jugendlichen aus allen Gruppen enthält die Forderung nach einer Verbesserung des öffentlichen Angebots der Kinderbetreuung. Dabei lassen sich drei Lösungskategorien unterscheiden:

1. Arbeitgeber sollen verstärkt betrieblich unterstützte Betreuungsangebote initiieren. Diese Lösung wird von fast allen Gruppen vorgeschlagen und zusätzlich in drei Gruppen auch durch Gewichtungspunkte gestärkt.  
Der Ansatz gilt vor allem für *Betriebskindergärten*. Aber auch die *Betriebliche Großtagespflege* (Lösungsbaukasten) wird hier genannt.
2. Es werden grundsätzlich mehr öffentliche Betreuungsplätze für Kinder gefordert, welche sowohl durch Kindergärten als auch durch Tagesmütter/-väter bereitgestellt werden können. Dazu gehört auch die Nachmittags- und Ferienbetreuung von Schulkindern (Lösungsbaukasten). Die Betreuungszeiten für Kinder sollen flexibler angeboten werden, um diese stärker an die beruflichen und familiären Bedarfe anzupassen und nutzen zu können.
3. Für jüngere SchülerInnen sollen am Nachmittag und in den Ferien ausreichende Betreuungsangebote vorgehalten werden.

Darüber hinaus gibt es Vorschläge, die private Kinderbetreuung durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten und eventuell pädagogischer Begleitung zu unterstützen.

Ein weiterer Vorschlag ist, die Mobilität von Tagesmüttern/-vätern durch Ruftaxis zu erhöhen. Insgesamt sollen verstärkt neue Betreuungsmodelle erprobt werden.

#### Familien ausreichend Zeit ermöglichen

Eine sehr große Zahl an gruppenübergreifenden Lösungsvorschlägen in dieser Oberkategorie macht deutlich, dass die Schaffung von zeitlichen Freiräumen ein sehr wichtiger Punkt bei der Förderung von Familien ist.

Wichtigste Stellschraube ist hierbei die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienzeiten. Sechs der sieben Gruppen schlagen vor, dass die Arbeitszeiten besser an familiäre Bedarfe angepasst werden sollen. Gruppenübergreifender Konsens herrscht bei den Lösungsansätzen über flexiblere Arbeitszeiten, der Ermöglichung von Teilzeitarbeit oder auch *Arbeit von Zuhause* aus („Homeoffice“). Aber auch die Unternehmenskultur soll familienfreundlicher gestaltet werden.

*Es wird zielorientierter gearbeitet. Wenn Zeitpunkt und Inhalt von Arbeitszielen festgelegt sind, ist es dem/der ArbeitnehmerIn mehr oder weniger frei gestellt (je nach Branche), wie die hierfür nötige Arbeitszeit eingeteilt wird.*

Weitere konkrete Vorschläge für mehr Familienzeit sind die Erhöhung von Krankheitstagen je Elternteil sowie eine allgemeine Erhöhung von Urlaubstagen für Eltern.

Um Eltern eine geschlechtergerechte Aufteilung von Familien und Berufsarbeit zu ermöglichen, wird gefordert, dass zum einen das Einkommen gerechter verteilt wird und zum anderen Elternzeit gleichwertiger anerkannt und verteilt wird.

*Eine Gruppe entwickelte selbständig die Idee, dass Eltern in der Familienphase weniger arbeiten und dies zu einem späteren Zeitpunkt ausgleichen. Die Nennung aus dem Lösungsbaukasten, dass Langzeitarbeitskonten stärker genutzt werden, zielt genau darauf ab und wird ebenfalls von einer Gruppe genannt.*

### **Finanzielle Unterstützung für Familien**

Eine stärkere finanzielle Unterstützung von Familien wird von sechs der sieben Gruppen als Lösungsansatz genannt. Die hohe Zahl an Gewichtungspunkten innerhalb dieser Oberkategorie verdeutlicht den Stellenwert, den die Jugendlichen diesem Bereich beimessen.

Bei den konkreten Maßnahmen sind die Reduzierung der Elterngebühren für die Nutzung von öffentlichen Betreuungsangeboten und die Erhöhung des Kindergeldes die relevantesten Nennungen.

*Familien erhalten bei der Geburt von Kindern ein umfangreiches materielles und finanzielles „Starterpaket“.*

Eine weitere Chance sehen sie Jugendlichen in der Modernisierung des Steuersystems. Bei den Lösungsbaukästen wählen drei Gruppen die Umwandlung des Ehegatten- in ein Fürsorgesplitting und begründen dies u.a. damit, dass „Anreize für Familiengründung“ wichtiger seien als „Anreize für Heirat“.

Weitere Nennungen zu dieser Kategorie sind:

- Kosten für Lebensmittel senken
- Rente für Frauen/ Mütter verbessern

### **Attraktives Umfeld für Familien schaffen**

Die Schaffung und der Erhaltung eines familienfreundlichen Umfelds ist ebenfalls ein wichtiger Punkt für viele Gruppen und wird in einem Beitrag auch als großer Vorteil von ländlichen Regionen gegenüber der Stadt genannt.

Damit ist zum einen ein unterstützendes und hilfsbereites soziales Umfeld gemeint, welches z.B. bei der Kinderbetreuung einspringen kann („Ersatzgroßeltern“) oder in anderen Alltagsangelegenheiten kurzfristig und unbürokratisch Hilfe leisten kann („Nachbarschaftshilfe“, „Dorfhelferin“). Zum anderen wird eine gute materielle Ausstattung mit Spielplätzen, Schwimmbädern, etc. gefordert.

### **Berufskarriere mit Kindern ermöglichen**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte durch Betriebe noch stärker unterstützt und Kinder nicht als Nachteil gesehen werden. Familiäre Bedarfe, z.B. bei Krankheit der Kinder, sollen eher akzeptiert werden.

*Es muss produktiv mit Ausfallzeiten von MitarbeiterInnen in der Phase der Familiengründung umgegangen werden. Während der Elternzeit können ArbeitnehmerInnen beispielsweise an (kleineren) Fortbildungen teilnehmen.*

Um berufliche Nachteile für Frauen oder Eltern mit Kindern allgemein zu vermeiden, werden *anonyme Bewerbungen* vorgeschlagen.

Zwei Gruppen weisen darauf hin, dass ein ausschlaggebender Punkt für eine Familiengründung die Sicherheit des Arbeitsplatzes und des Einkommens ist. In einer Gruppe wird dieser Punkt auch sehr hoch gewichtet.

### **Junge Menschen besonders berücksichtigen und unterstützen**

Die Vorschläge dieser Kategorie zielen darauf ab, jungen Menschen durch umfassende Aufklärung eine gute Entscheidungsgrundlage für die mögliche Umsetzung eines Kinderwunsches zu geben und sie durch verbesserte Unterstützungsmöglichkeiten ggf. zu motivieren, entgegen dem derzeitigen Trend, bereits in jüngeren Jahren eine Familie zu gründen.

Um jüngere Menschen mit einem Kinderwunsch bei der Entscheidung über eine Familiengründung zu unterstützen, werden verschiedene Aufklärungs- und Beratungsangebote vorgeschlagen, die umfassender zum Einsatz kommen sollen („Real Care Baby“ „Wir werden Eltern-Projekt“). Auch nach der Familiengründung schlagen die Jugendlichen vor, dass ein besonderer Fokus auf junge Familien bei Beratungs- und Unterstützungsleistungen gelegt werden soll.

Insbesondere die Verbindung von Bildung und Familie soll durch familienfreundliche Hochschulen/ weiterführende Schulen erleichtert werden. Hierzu gehört aber auch die Förderung des *Abendschulbesuchs von jungen Eltern*.

*Während der Vorlesungs- oder Unterrichtszeiten von Eltern an Hochschulen oder weiterführenden Schulen wird die Kinderbetreuung sichergestellt. In Prüfungszeiten können die Betreuungszeiten individuell, z.B. durch Tagesmütter/-väter, erweitert werden.*

### **Kinderlose Paare mit Kinderwunsch unterstützen**

Vier Gruppen beziehen sich auf den Lösungsbaukasten und schlagen vor, dass Paare mit unerfülltem Kinderwunsch bei der Inanspruchnahme von medizinischen Behandlungen stärker finanziell unterstützt werden. Außerdem soll die Adoption oder Pflegeelternschaft erleichtert und weniger bürokratisch gestaltet werden.

### **Weitere Ideen zum Thema „Familie“:**

- Lösungsbaukasten: Hilfen im Haushalt (Alltagsbewältigung): mehr Transparenz, bessere Vermittlung, Zertifizierung von Anbietern
- Angebote für Mittagessen
- „Belohnungssystem“ – Programmhefte
- Ein „Arbeits-Konto“
- Bessere medizinische Versorgung
- In Geburtsstation & Hebammenpraxen investieren
- Partnerbörsen unterstützen
- Reisen mit Kindern vereinfachen

## 3.6 Jugendgerechte Gesellschaft

### Probleme und Herausforderungen

- Der demografische Wandel nimmt in vielerlei Hinsicht Einfluss auf die jugendgerechte Gesellschaft: schwierigere Bedingungen im Bereich der Bildung, Ausbildung, Beschäftigung, Freizeit, Mobilität, etc.
- Mit sinkender Kinderzahl in ländlichen Regionen sinkt die Nachfrage an Kinder- und Jugendeinrichtungen. (Freizeit- und Bildungseinrichtungen) (Beauftragter Neue Bundesländer 2011)
- Vereine und kleine Organisationen haben im ländlichen Raum Schwierigkeiten, Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche aufrechtzuerhalten, was oftmals zu einer Reduktion der Angebote führt. (BMVBS 2009)
- Mit der Bereitstellung von Angeboten für weniger Kinder und Jugendliche steigt der logistische/organisatorische Aufwand (Mobilität/Erreichbarkeit der Angebote) (KVJS 2010)
- Mit dem stärksten Rückgang ist bei Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit für über 15-Jährige zu rechnen. (KVJS 2010)
- Mit dem Verschwinden von Orten der Kinder- und Jugendarbeit schwindet auch das Potenzial für Freundschaftsbeziehungen und informelle Netzwerke sowie soziale Lerngelegenheiten mit Gleichaltrigen. (Beauftragter Neue Bundesländer 2011)
- Konfliktpotential: trotz sinkender Kinderzahl die Kinder- und Jugendangebote aufrechterhalten oder hinsichtlich der steigenden Zahl älterer Menschen die seniorengerechte Infrastruktur ausbauen? (Beauftragter Neue Bundesländer 2011; KVJS 2010)
- Vom demografischen Wandel sind auch die Hilfesysteme der Kinder- und Jugendhilfe betroffen, insbesondere hinsichtlich des Personalbedarfes und der Personalverfügbarkeit (Hilfen zur Erziehung, Jugendsozialarbeit).
- Es mangelt an ausreichenden Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, trotz einer guten gesetzlichen Grundlage hierfür (siehe diverse empirische Studien).

### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Jugendgerechte Gesellschaft“ wurde von fünf Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

#### **Mehr Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche**

Kindern und Jugendlichen werden in einer Vielzahl von Lebensbereichen noch keine ausreichenden Möglichkeiten zur Mitbestimmung gegeben. Aus Sicht der SchülerInnen ist es unablässig, dass alle Kinder und Jugendlichen innerhalb ihrer Gemeinde (und auch darüber hinaus) bei sie betreffenden Themen mitbestimmen können und ihre Bedürfnisse und Vorschläge ernst genommen werden. Um alle Jugendlichen der Gemeinde über die aktuellen Debatten auf dem Laufenden zu halten und ihnen die Möglichkeit zur Partizipation zu geben, sollen *regelmäßig Jugendkonferenzen* durchgeführt werden (Lösungsbaukasten). Eine weitere Idee ist die *Durchführung von Partizipationsprojekten* (Lösungsbaukasten).

*Durch das Wahlrecht ab 14 können die Jugendlichen in der Politik mitbestimmen und sich so Gehör für ihre Belange verschaffen.*

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen kann ferner über gewählte VertreterInnen ausgedehnt und verstetigt werden. Die Jugendlichen nennen diesbezüglich u.a. die *Wahl von JugendbürgermeisterInnen* als Chance für mehr Mitbestimmung.

*Die Jugendlichen schlagen auch die Gründung bzw. Vergrößerung von Jugendparlamenten vor (eigene Idee und Lösungsbaukasten). Jugendliche eines Parlaments nehmen an Ratssitzungen*

*teil. Die Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist die Bereitschaft, sich für einen längeren Zeitraum zu engagieren.*

Einen weiteren Schwerpunkt sehen die Jugendlichen in der *schulischen Mitbestimmung*. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten der gewählten VertreterInnen (Schülervertretung) müssen gestärkt und seitens der Schulleitung und des Lehrerkollegiums ernster genommen werden. Die Jugendlichen fordern mehr Mitbestimmung in speziellen Fragen der Schulstruktur, z.B. der Gestaltung des Lehrplanes, der Gestaltung der Schulgebäude und des Schulgeländes, des Mittagessens und der Regelung der Handynutzung.

*Jugendlichen muss darüber hinaus ein Beschwerdeverfahren zur Verfügung stehen, mittels dessen sie sich direkt bei dem/der BürgermeisterIn oder einem/einer Verantwortlichen in der Schule beschweren können.*

### **Mehr Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche**

Alle Gruppen schlagen vor, dass es mehr *Orte bzw. Treffpunkte für Jugendliche* geben soll. Sie haben die Idee, dass *leerstehende Gebäude in Jugendzentren/-treffs umgebaut* werden können, bei denen sie mitbestimmen können und nicht von Erwachsenen überwacht werden, es jedoch eine erwachsene Ansprechperson gibt und auf die Einhaltung von Regeln (z.B. Alkoholkonsum) geachtet wird.

*Jugendliche bekommen z.B. eine Hütte, bei deren Planung und Bau sie mitwirken. Ehrenamtlich tätige Jugendliche übernehmen die Verantwortung, z.B. für die Sauberkeit. Die Hütte darf nur von Jugendlichen genutzt werden, die bereit sind, mitzuhelfen.*

Die Jugendlichen wünschen sich auch weitere Orte für ihre Freizeit: Schwimmbäder, Einkaufszentren, Bars, Diskotheken, etc. (siehe auch Thema „Infrastruktur“). Gleichermaßen sollen die Öffnungszeiten der Jugendzentren und Freizeitorde verlängert werden.

Für die Ferienzeit soll es mehr Ferienangebote geben. Drei Gruppen schlagen Jugendreisen/-fahrten bzw. Jugendcamps vor. Darüber hinaus werden in diesem Zusammenhang *attraktive Ferienpassaktionen für ältere SchülerInnen* genannt.

Für Kinder, deren Eltern ganztags arbeiten, bedarf es vermehrter Freizeitangebote. Es müssen mehr Spielplätze und weitere Orte speziell für Jüngere geschaffen werden.

Um mehr Angebote in den Nachmittagsstunden anbieten zu können, plädieren die Jugendlichen dafür, *verstärkt Angebote von öffentlichen und privaten Trägern in den Schulalltag zu integrieren* und neue Formen der kooperativen Kinder- und Jugendarbeit im Ganztagsschulbetrieb während der unterrichtsfreien Zeit zu nutzen (Lösungsbaukästen).

### **Ausbau von Hilfsstrukturen**

Um Kinder und Jugendliche in problematischen Lebenslagen besser unterstützen zu können, sollen *Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen* ausgebaut werden (Lösungsbaukasten). Des Weiteren soll es Jugendhilfezentren geben, welche die Kinder und Jugendlichen mittels mobiler Dienste aufsuchen.

### **Sichere Mitfahrgelegenheiten für Kinder und Jugendliche**

Die Jugendlichen wünschen sich sichere Mitfahrgelegenheiten, mit denen sie entlegene Freizeit- und Sportangebote erreichen können (siehe auch Thema „Mobilität“). Diese könnten von der Gemeinde organisiert und finanziert werden. Denkbar ist auch ein sogenanntes *Kindertaxi, auch abwandelbar in ein Jugendtaxi* (Lösungsbaukasten), mit dem die Kinder die Angebote erreichen.

### **Mehrgenerationenhäuser ausbauen**

Ein hochbewerteter Vorschlag lautet, dass Mehrgenerationenhäuser ausgebaut und für Jugendliche attraktiver gemacht werden sollten. Dort können Jung und Alt voneinander lernen, gemeinsamen Hobbys nachgehen und sich gegenseitig unterstützen (siehe auch Thema „Alter“). Eine Gruppe wünscht sich ein Mehrgenerationenhaus mit Shisha-Bar, was mit vielen Bewertungspunkten unterstützt wurde, aber auch kontrovers diskutiert wurde.

### **Weitere Ideen zum Thema „Jugendgerechte Gesellschaft“:**

- Ein/e AnsprechpartnerIn, der/die für die Belange von Jugendlichen zuständig ist
- Demonstrationen für mehr Mitbestimmung
- Informationsverbreitung über soziale Netzwerke
- Ältere Jugendliche für das ehrenamtliche Engagement gewinnen und qualifizieren (Lösungsbaukasten)
- Mindestalter für Smartphones
- Spendenaktionen durch Events oder Aktionen

## 3.7 Infrastruktur

### Probleme und Herausforderungen

- Die gleichbleibende Infrastruktur muss aufgrund der Bevölkerungsabnahme von immer weniger Menschen getragen/finanziert werden.
- Im ländlichen Raum mangelt es an fußläufig erreichbaren/wohnnahen Geschäften. (Berlin-Institut 2015; BLG 2012; BLE 2013)
- Mit dem Rückzug der Nahversorgung verlieren die Gemeinden nicht nur Versorgungseinrichtungen, sondern auch Orte der Begegnung, der sozialen Teilhabe und der Kommunikation. (BLE 2013; BMVBS 2012)
- Der Bevölkerungsrückgang in ländlichen Regionen führt zu steigenden Verbraucherpreisen und höheren Anschlussbeiträgen bei der Wasserver-/Abwasserentsorgung. (Berlin-Institut 2015; Beauftragter Neue Bundesländer 2011)
- Der sinkende Wasserverbrauch führt zu Problemen durch Unterauslastung der Rohrleitungen (Ablagerungen, Keimbildung). (Berlin-Institut 2015; BMI 2011; Beauftragter Neue Bundesländer 2011)
- Ohne schnelles Internet ist der ländliche Raum für viele Menschen als Wohnort und für Unternehmen und Dienstleister als Standort uninteressant. (Berlin-Institut 2015; Beauftragter Neue Bundesländer 2011)
- Sportstätten leiden unter Nachwuchsmangel und sind durch Veränderung der Bevölkerungsstruktur mit Bedürfnisveränderungen im aktiven Sport- und Bewegungsverhalten konfrontiert. (Beauftragter Neue Bundesländer)
- Kulturelle Einrichtungen stehen wegen Veränderung der Nachfrage vor einer Herausforderung. (allgemeine Abnahme, in einigen Bereichen deutliche Verschiebung Richtung kulturraffiner Älterer) (Beauftragter Neue Bundesländer 2011)

### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Infrastruktur“ wurde von elf Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

#### Verbesserung der Angebotsstruktur

Die Jugendlichen erkennen im ländlichen Raum einen Mangel an Angeboten in folgenden Bereichen: Im Sportbereich wünschen sie sich eine größere Vielfalt an Angeboten für Kinder und Jugendliche, Erwachsene (Ausgleich zum Beruf) und Senioren. Bestehende Sportstätten sollen modernisiert werden. Hiervon erhoffen sie sich, dass ein größeres Interesse am Sport geweckt wird.

Darüber hinaus sind neue kulturelle Angebote und Freizeitangebote zu schaffen. Hierbei denken die Jugendlichen an *Festivals und Open-Air-Konzerte* (z.B. zur Förderung regionaler KünstlerInnen) sowie an weitere Ausgahmöglichkeiten (z.B. Theater, Kinos, Ausstellungen, Musik-Cafés). Hierfür können leerstehende Gebäude umgebaut und freie Flächen genutzt werden. Die Jugendlichen wünschen sich für ihre Wohnorte u.a. Skaterbahnen, Grillplätze, Schwimmbäder (siehe auch Thema „Infrastruktur“).

*In einem Multikulturzentrum können die Räumlichkeiten für unterschiedliche Kulturangebote zur Verfügung gestellt werden (gerade die abendliche Nutzung als Diskothek, aber auch für Kunsturse, für Kreativwerkstätten, Lesungen). Über reine Kulturangebote hinaus soll auch Gastronomie angesiedelt werden, die in das Kulturangebot eingebunden wird (z.B. durch Auftritte von Musikern in der angebundenen Kneipe oder Ausstellungen regionaler KünstlerInnen im angeschlossenen Café).*

Für Kinder müssen mehr Spielplätze gebaut werden, sodass jedem Kind wohnortnah eine Spielmöglichkeit zur Verfügung steht.

Um den Tourismus im ländlichen Raum zu fördern, sollen *mehr touristische Attraktionen* geschaffen werden.

### **Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten vor Ort**

Damit Menschen im ländlichen Raum fußläufig erreichbare Einkaufsmöglichkeiten haben, bietet sich die (Wieder-)Eröffnung kleinerer Geschäfte an („Tante Emma-Laden“).

*Die Jugendlichen sprechen sich diesbezüglich für sogenannte Dorfläden aus, die von BürgerInnen in Eigeninitiative eröffnet und ehrenamtlich geführt werden (Lösungsbaukasten). Hierfür können leerstehende Gebäude in ländlichen Räumen genutzt und mit Fördermitteln umgebaut werden (Lösungsbaukasten). Bei den Dorfläden sehen die Jugendlichen neben der Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten auch die Chance, das soziale Gemeinschaftsleben zu stärken.*

Weitere Vorschläge beschäftigen sich mit der Etablierung von verschiedenen Märkten im ländlichen Raum (Wochenmärkte, Frühlingmärkte, Flohmärkte).

Um „sterbende“ Innenstädte wiederzubeleben, schlagen die Jugendliche *Rabattaktionen* vor, um auch Personen außerhalb des direkten Einzugsgebietes anzulocken.

### **Internetausbau**

Vielerorts ist im ländlichen Raum die Qualität der Internetverbindung nicht annähernd mit der in Ballungsräumen vergleichbar, da es für Telefon- und Internetanbieter dort nicht rentabel ist, Leitungen zu verlegen. Die Internetverbindungen müssen in ländlichen Regionen aus Sicht der Jugendlichen schneller und stabiler werden. Dies gelingt, indem mehr Geld in den Breitbandausbau bzw. die Glasfaseranbindung investiert wird.

*Die Jugendlichen schlagen eine regionsspezifische, staatliche Förderung des Internetausbaus vor (eigene Idee und Lösungsbaukasten). Von den besseren Internetverbindungen profitieren nicht nur Privatpersonen, sondern sie erhöhen auch die Standortattraktivität für Unternehmen.*

Um den Internetausbau erschwinglicher zu gestalten, können sich mehrere Kommunen für die Finanzierung zusammenschließen (Lösungsbaukasten) oder aber die *BürgerInnen packen bei der Verlegung der Leerrohre für die Kabel selbst mit an* (Lösungsbaukasten). Die BürgerInnen können auch privatrechtliche Bürgergesellschaften gründen, um die Kosten für die einzelnen Haushalte zu senken (Lösungsbaukasten).

### **Multifunktionale Nutzung von Einrichtungen**

Für viele Geschäfte und Einrichtungen rentiert sich im ländlichen Raum die Aufrechterhaltung von Standorten nicht. Um dennoch diese Versorgungsstrukturen weiterhin anbieten zu können, sollen Gebäude multifunktional genutzt werden (eigene Idee und Lösungsbaukasten).

*In die Räumlichkeiten der bereits angesprochenen Dorfläden können weitere Dienstleistungen integriert werden, beispielsweise Post- und Bankdienstleistungen, Bürgerbüros, Cafés, Sprechstunden von ÄrztInnen oder Beratungsstellen (Lösungsbaukasten).*

### **Vereine stärken**

Vereine sind mit sinkenden Mitgliederzahlen konfrontiert.

*Für Menschen, die aufgrund von Mobilitätseinschränkungen nicht an Vereinsangeboten teilnehmen können, schlagen die Jugendlichen ehrenamtliche Fahrdienste vor (vergleichbar*

*mit bestehenden Bürgerbusangeboten). Von diesen Fahrdiensten können insbesondere Kinder und ältere Menschen stark profitieren, da ihnen so die Teilnahme an entlegenen Angeboten ermöglicht wird (siehe auch Thema „Mobilität“).*

Mehrere Beiträge der Jugendlichen plädieren dafür, dass Vereine mehr Werbung für sich und ihre Angebote machen müssen. Sportvereine können dies z.B. durch öffentliche Sportfeste oder Öffentlichkeitsarbeit an Schulen machen.

Generell sollen Vereine mehr mit Schulen oder anderen Vereinen kooperieren, um Mitglieder zu gewinnen. Es können *Vereinssportangebote in den Schulbetrieb integriert* werden, sodass für die SchülerInnen z.B. die Pflicht zur Teilnahme an einem Angebot besteht. Die Vereine können auch AG-Angebote und Projekte an Schulen durchführen.

### **Mobile Dienste ausbauen**

Ist es nicht praktikabel, in ländlichen Gegenden wohnortnahe Versorgungsstrukturen aufrechtzuerhalten oder neu zu schaffen, bieten mobile Dienste eine Alternative. Lieferdienste können vorab bestellte Lebensmittel oder andere Waren liefern (beispielsweise mittels Transportdrohnen (Lösungsbaukasten); siehe auch Themen „Mobilität“ und „Alter“). Denkbar sind mobile Dienste auch bei Banken.

*Weitere Ideen, welche von den Jugendlichen stark gewichtet wurden, sind ein mobiler Kiosk und ein mobiler Supermarkt, bei denen sich die BürgerInnen vor Ort die benötigten Waren aussuchen können.*

### **Energieversorgung optimieren**

Aus Sicht der Jugendlichen müssen im ländlichen Raum erneuerbare Energien ausgebaut werden (Lösungsbaukasten).

*Haushalte können sich eine unabhängige Stromversorgung zulegen, beispielsweise durch Windkraft und Solarenergie.*

Als hilfreich erachtet werden von den Jugendlichen auch die Entwicklung und Förderung energieeffizienterer Gebäudetechniken (Lösungsbaukasten), um den Energieverbrauch zu senken und Geld einzusparen.

### **Stadtplanerische Veränderungen**

Um neue EinwohnerInnen für den ländlichen Raum zu gewinnen und die gegenwärtigen EinwohnerInnen zu halten, schlagen die Jugendlichen vor, allgemeine *Verschönerungen der Städte und Gemeinden vorzunehmen*.

Fünf Gruppen sehen großen Handlungsbedarf bezüglich der Verkehrsinfrastruktur. Viele Straßen müssen repariert oder ausgebaut sowie neue Fahrradwege gebaut werden, um die Mobilität zu verbessern.

### **Wasserversorgung/Abwasserentsorgung optimieren**

Die Jugendlichen sprechen sich für die Dezentralisierung der Wasserversorgung aus (Lösungsbaukasten).

*Die Dezentralisierung der Wasserversorgung kann in Form von eigenen Wasserspeichern für einzelne Häuser oder die Nachbarschaft realisiert werden.*

Auch die Abwasserentsorgung soll mittels *Kleinkläranlagen* für Gebiete mit geringer Siedlungsdichte dezentralisiert werden (Lösungsbaukasten).

**Weitere Ideen zum Thema „Infrastruktur“:**

- Sportwettkämpfe unter Schulen
- Zentrale Stationen, zu der Waren geschickt werden, sodass nur ein Gang zum Abholen notwendig ist
- Einbindung von regionalen Erzeugern in die sogenannten Dorfläden
- Offenes W-LAN in Innenstädten
- Petitionsbriefe an Internetanbieter
- Versteckte Wohnkosten (Straßenausbau) nicht von den BürgerInnen bezahlen lassen
- Paketstationen an Bushaltestellen
- Maut für Küstenstraßen (nicht für Anlieger)
- „Rückentwicklung“ als Umweltchance
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide
- Bürgerbefragungen: Welche Geschäfte wollen die BürgerInnen?
- Bessere Nutzung der Räumlichkeiten in den Dorfgemeinschaftshäusern
- Kommunaler Wettbewerb

## 3.8 Wohnen

### Probleme und Herausforderungen

- Die Zahl von Ein-Personen-Haushalten wird zunehmen, größere Haushalte mit Kindern werden abnehmen. (BMI 2011)
- In peripheren und wirtschaftlich schwachen ländlichen Räumen sinkt die Wohnungs- und Häusernachfrage. (BMI 2012)
- Es kommt zum Überhang von Altimmobilien (mehr Wohnungen als Haushalte), was wiederum einen Verfall der Immobilienwerte bedingt. (BLG 2012; Berlin-Institut 2011)
- Die Abwanderung der jungen Generation führt zu Wohnungsleerstand in peripher ländlichen Räumen (familiäre Anschlussnutzung fehlt). (BMI 2011; Berlin-Institut 2011)
- Die Nachfrage nach Bauland sinkt aufgrund der Bevölkerungsabnahme/–abwanderung im ländlichen Raum. (BLG 2012; BBSR 2014)
- Die nachlassende Neubautätigkeit führt zu einer Alterung des Wohnungsbestandes, der den zukünftigen Qualitätsansprüchen und Wohnbedürfnissen nicht gerecht wird. (BBSR 2014)
- Die Vielzahl von Pendlern hinterlässt tagsüber ein leeres Dorf; „Wohnen im Dorf“ bedeutet für Viele nur „Schlafen im Dorf“.
- Aufgrund der steigenden Zahl von Älteren und Mobilitätseingeschränkten wird der Bedarf an altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum ansteigen. (BMI 2011)

### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Wohnen“ wurde von insgesamt fünf Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

#### Ideen bei (drohendem) Leerstand

In allen Gruppen wurden verschiedene Lösungsansätze entwickelt, die auf einen produktiven Umgang mit einem bestehenden oder drohenden Leerstand abzielen.

Um einen dauerhaften Leerstand zu vermeiden, welcher sich in der Regel negativ auf die Immobilienpreise und das Wohnumfeld insgesamt auswirkt, sollten ungenutzte *Häuser saniert und aufgewertet* werden oder, falls dies unwirtschaftlich ist, auch abgerissen werden. Die grundsätzlichen Fragen, ob Sanierung („lieber Sanieren statt Abreißen“) oder Abriss („Platz für neue Immobilien“) bzw. Neubau („Bauland billiger machen“) oder die Nutzung von Altimmobilien („Nicht neu bauen, sondern alte Bestände nutzen“) zu bevorzugen ist, werden in den verschiedenen Gruppen unterschiedlich beantwortet.

Falls sich keine FolgenutzerInnen für ein Objekt finden, kann dieses auch *umgenutzt werden*, z.B. *als Jugendzentrum oder –treff, Kindergarten, Flüchtlingsunterkunft oder auch als Museum*. Liegen solche Gebäude im Ortszentrum, sollen sie darauf ausgelegt werden, dass dort soziale Begegnungen ermöglicht werden, um Dorfkerne zu beleben (Lösungsbaukasten).

*Leerstehende Häuser oder Wohnungen werden altersgerecht umgebaut, sodass mehrere kleine Wohneinheiten entstehen, in denen sich ältere Menschen begegnen können und die für externe Dienstleister (Pflege, Betreuung, Dinge des alltäglichen Bedarfes) zentral zu erreichen sind.*

Es könnte auch eine Tauschbörse zum bedarfsgerechten Immobilitätsaustausch („tausche groß gegen klein“) eingerichtet werden.

### **Neue Wohnformen im ländlichen Raum fördern**

Der vorhandene Wohnraum im Landkreis Friesland soll mithilfe neuer Wohnformen, die vom klassischen Einfamilienhaus abweichen, bedarfsgerechter genutzt werden. Dazu gehören Wohngemeinschaften von Studierenden und Auszubildenden in der Nähe ihres Bildungsortes. Bei weiteren Entfernungen können aus der WG heraus Fahrgemeinschaften gebildet werden.

Entsprechend große Häuser können von mehreren Familien bewohnt oder auch generationsübergreifend genutzt werden.

### **Attraktive Rahmenbedingungen schaffen**

Die günstigen Wohnpreise im Vergleich zu Ballungsgebieten werden grundsätzlich als Vorteil des ländlichen Raums gesehen. Allerdings müssen noch weitere attraktive Rahmenbedingungen geschaffen werden (siehe auch „Arbeit, Wirtschaft“, „Infrastruktur“, „Bildung, Ausbildung, Beruf“ und „Mobilität“).

### **Finanzielle Anreize für das Wohnen auf dem Land**

Finanzielle Anreize sorgen dafür, dass mehr Menschen im ländlichen Raum leben würden. Dadurch können höhere Kosten, z.B. für Fahrt- und Transportwege, kompensiert werden.

## 3.9 Arbeit, Wirtschaft

### Probleme und Herausforderungen

- Aufgrund des demografischen Wandels sinkt der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren immer weiter. Daher sollen „stille Reserven“ (Frauen, ältere ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose) mobilisiert werden, um ausreichend Arbeits- und Fachkräfte sicherzustellen. (BMI 2012)
- Ohne eine stärkere Zuwanderung (vor allem außereuropäisch) wird dieser Rückgang aber nicht aufzuhalten sein. Dabei müssen vor allem außereuropäische Zuwanderer berücksichtigt werden, da Deutschlands Nachbarstaaten eine ähnliche demografische Entwicklung haben werden. (Berlin Institut 2012).
- Ländliche Räume sind aufgrund der Abwanderung junger Menschen besonders von dieser Entwicklung betroffen. Die Wanderungsbilanz für Friesland ist zwar im Durchschnitt aller Altersgruppen positiv und hat auch eine positive Prognose. Bei den jungen Menschen ziehen jedoch mehr Menschen weg, als hinzu. In der Altersgruppe 19 bis 24 Jahren ist ein Rückgang von ca. 6000 Personen (2012) auf ca. 4200 Personen (2030) prognostiziert. (Wegweiser Kommune 2015).
- Wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region ist die geografische Lage. Je größer die Entfernung zu Oberzentren ist, desto schlechter die Entwicklung (Berlin-Institut 2011). Der Landkreis Friesland profitiert hier von der Nähe zum Oberzentrum Wilhelmshaven. (Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2012)
- Die Arbeitslosen- und Beschäftigungsquote im Landkreis Friesland hat sich in den letzten 10 Jahren sehr positiv entwickelt.

### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Arbeit und Wirtschaft“ wurde von sieben Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

#### Standortpolitik

Sechs der sieben Gruppen haben Lösungsvorschläge genannt, die der Oberkategorie „Standortpolitik“ zuzuordnen sind. Wichtigster Aspekt ist es hierbei, die Ansiedlung von Firmen in der Region zu fördern und deren Verbleib zu sichern. Es sollen „Anreize“ für große Unternehmen oder deren Außenstellen geschaffen werden, damit diese sich im Landkreis Friesland ansiedeln. Neben der Ausweisung neuer Gewerbe- und Industriegebiete können auch leerstehende Gebäude oder ungenutzte Flächen zu günstigen (ggf. subventionierten) Preisen zur Verfügung gestellt werden.

*Das ehemalige Kasernengelände in Varel soll wieder genutzt werden. Entweder als Bundeswehrstandort, um von der Kaufkraft der Soldaten am Ort zu profitieren oder in umgestalteter Form mit neuem Nutzungskonzept (z.B. Freizeitangebot für Jugendliche).*

Wichtiger Bestandteil einer attraktiven Standortpolitik ist aus Sicht der Jugendlichen außerdem eine ausreichende Infrastruktur (ausführliche Darstellung siehe Thema „Infrastruktur“). Ein konkreter Vorschlag für die Region ist ein Ausbau des Schienennetzes für den Gütertransport des Jade-Weser-Ports.

*Es werden auch Förderprogramme zur Unterstützung der Wirtschaft im ländlichen Raum vorgeschlagen (eine „Art Soli für ländliche Gegenden“), wobei politische Prozesse zur Standortförderung transparenter und kooperativer gestaltet werden sollen, sowohl mit den BürgerInnen als auch den Unternehmen.*

Eine grundsätzliche Förderung von Unternehmertum und Gründungsgeist (Lösungsbaukasten) befürworten drei Gruppen in besonderer Weise.

### **Attraktivität und Lebensqualität erhöhen**

Um die Region Friesland wirtschaftlich zu stärken, legen die Jugendlichen großen Wert darauf, dass das Lebensumfeld für ArbeitnehmerInnen attraktiv genug ist, damit Fachkräfte sich hier gerne ansiedeln und auch bleiben.

Ein wichtiger Aspekt, der in vier Gruppen genannt und insgesamt auch relativ hoch gewichtet wird, ist das Freizeitangebot, z.B. durch Sportangebote, Kulturveranstaltungen oder Einkaufs- und Ausgehmöglichkeiten. Aber auch die Verkehrsinfrastruktur, die Internetverbindung oder die Schulversorgung sind wichtige Punkte für die Attraktivität der Region (ausführliche Darstellung siehe Themen „Infrastruktur“ und „Bildung, Ausbildung, Beruf“).

Die Möglichkeit im ländlichen Raum relativ günstig wohnen zu können, ist ein großer Pluspunkt für ländliche Räume.

### **Neue Märkte erschließen oder vorhandene stärker nutzen**

Der Tourismus ist bereits ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Friesland. Dieses Potential soll in Zukunft durch den erleichterten Bau von Hotels und Touristenattraktionen noch stärker genutzt werden.

*Der Tourismus in Dangast soll vorangetrieben werden, wobei der Charakter des Ortes nicht wesentlich verändert werden soll. Es geht nicht darum, große Massen anzuziehen, sondern das bestehende Angebot auszubauen und „Dangast zu bewahren“.*

Eine Marktlücke an der *Schnittstelle zwischen Tourismus und Gesundheitsversorgung* wird im Bereich der Reha-Kliniken gesehen, welche nach Ansicht der Jugendlichen neu gebaut und/oder attraktiver gestaltet werden sollten. In diesen Bereich fällt auch die Idee, „Betreute Wohnlandschaften“ für Senioren zu fördern, in denen diese möglichst selbstbestimmt leben, bei Bedarf aber auch gut betreut und gepflegt werden könnten (siehe auch Thema „Alter“). Dies könnte sowohl für gebürtige FriesländerInnen eine gute Option sein, aber aufgrund der Küstenlage auch ein attraktiver Altersruhesitz für Menschen aus anderen Gegenden sein.

Allgemein wird eine größere Vielfalt an Unternehmen in Friesland und eine kreative Erweiterung des Marktes vorgeschlagen.

*In diesem Zusammenhang wäre nach Meinung einer Gruppe z.B. auch die Ansiedlung einer Erotikfirma denkbar, wie sie in einer Gruppe vorgeschlagen wurde. Das Beispiel Beate Uhse in Flensburg hat ja bereits gezeigt, dass ein solches Modell sowohl für die Wirtschaftskraft als auch die Bekanntheit einer Region gleichermaßen positiv sein kann.*

Ein weiterer Vorschlag der bereits innerhalb der Gruppe kontrovers diskutiert wurde, ist die Förderung des Hanfanbaus. Zum einen werden hier die verschiedenen Nutzformen (Dämmung, Kleidung, Seile, Seife, Papier) als aktuelle Vorteile für die Region genannt. Hinter der Idee steht aber die Hoffnung, im Falle einer Legalisierung von Cannabis das große wirtschaftliche Potential eines Marktes für THC-Produkte optimal nutzen zu können.

### **Bessere (Aus-)Bildungsmöglichkeiten in der Region**

Hochschulbildung: Es soll ein größeres Bildungsangebot an (Fach-)Hochschulen in der Region vorgehalten werden.

*Dies kann entweder durch den Ausbau der bestehenden Angebote, z.B. in Wilhelmshaven und Oldenburg, insbesondere auch die Gründung von Außenstellen, durch Kooperationen oder*

*sogar die Neugründung von Einrichtungen geschehen (siehe auch Thema „Bildung, Ausbildung, Beruf“.*

Für Betriebe im Landkreis Friesland hat dies den Vorteil, dass potentielle Fachkräfte weiterhin in der Region bleiben. Ein Lösungsvorschlag, der in zwei Gruppen sehr hoch bepunktet wurde, ist die *Kooperation von Unternehmen mit Hochschulen*. Dadurch können ein Wissenstransfer in die Region und möglicherweise Studentenjobs und/oder Übernahmen für die Studierenden möglich werden. Aber auch die betriebliche Aus- und Weiterbildung in der Region soll gestärkt werden. Es braucht vor allem eine größere Vielfalt an attraktiven Ausbildungsplätzen.

### **Berufliche Integration bestimmter Gruppen fördern**

Um einem drohenden oder bereits bestehenden Fachkräftemangel wirkungsvoll zu begegnen, gibt es aus allen Gruppen Lösungsvorschläge, welche die berufliche Integration bestimmter Gruppen fördern sollen. Der Schwerpunkt liegt hierbei eindeutig auf der Unterstützung von Flüchtlingen und EinwanderInnen. Ihnen soll deutlich schneller und unbürokratischer die Anerkennung von Abschlüssen und die Aufnahme einer Arbeitstätigkeit ermöglicht werden. Dazu gehört aber auch, dass ausreichende Deutschkenntnisse stärker als bisher gefördert, aber auch gefordert werden.

*Hochqualifizierte ZuwanderInnen sollen im Landkreis Friesland durch gezielte Maßnahmen (z.B. Deutschkurse, Kulturkurs, Bewerbungstraining) besser auf eine Erwerbstätigkeit vorbereitet werden.*

Weitere Gruppen, die gefördert werden sollen: Menschen mit Behinderungen, ältere Fachkräfte über 55 Jahren, Arbeitslose, SchülerInnen mit schlechtem Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss und Obdachlose („bessere Berufe“ zu erlangen und ein „gutes Gehalt“ verdienen).

### **Attraktive Außendarstellung, um Zuwanderung zu erhöhen**

Der Landkreis Friesland soll für junge Menschen attraktiv sein und deren Bedürfnisse befriedigen sowie diese Pluspunkte auch offensiv herausstellen. Junge Menschen, die überlegen, neu in die Region zu ziehen oder nach einem Studium zurückzukehren, sollen durch Werbekampagnen überzeugt werden.

*Auf Plakaten können verschiedene Vorteile des Landkreises („Nordsee“ „Ruhe, Land, Natur, Wald“ „Autobahnverbindungen“) ggf. durch ein lokales Testimonial („Johannes Bitter“) beworben werden*

### **Attraktive Arbeitsplätze**

Fast alle Gruppen wünschen sich ein großes Angebot an attraktiven und abwechslungsreichen Arbeitsplätzen. Dazu gehören z.B. Arbeitsplätze mit Aufstiegsmöglichkeiten sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und das entsprechende Engagement des Betriebs, z.B. durch betrieblich unterstützte Kinderbetreuung (siehe Thema „Familie“).

### **Weitere Vorschläge zum Thema „Arbeit, Wirtschaft“:**

- „Zeitarbeitsfirmen abschaffen“
- „Arbeitslosengeld begrenzen (z.B. 4 Monate)“
- „Mehr Monopole“
- „Auswanderung älterer Menschen fördern“
- „Jugendliche fördern - Materialien zur Verfügung stellen“

### **Unklare Kartenbeiträge zum Thema Arbeit und Wirtschaft:**

- „Geringere Anforderungen an UN“
- „Mehrere Einwohner...“
- „- Mehr Arbeitsplätze - attraktivere Angebote → Berufe“

- „Geschäftsführer“
- „Abstimmung“

### 3.10 Bildung, Ausbildung, Beruf

#### Probleme und Herausforderungen

- Der Geburtenrückgang führt zu Schließungen von Kindertagesstätten und Schulen, wodurch keine wohnortnahe Bildung möglich bleibt. (längere Wegezeiten: bis zu zwei Stunden bereits bei GrundschülerInnen) (Beauftragter Neue Bundesländer 2011; Berlin-Institut 2009)
- Schulschließungen beschleunigen den Teufelskreis im ländlichen Raum: je mehr Schulen schließen, desto mehr Familien mit Kindern ziehen fort, desto mehr Schulen müssen geschlossen werden. (Berlin-Institut 2009)
- Die eingeschränkten Öffnungszeiten und die erschwerte Erreichbarkeit von Kindertagesstätten wirken sich negativ auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. (Beauftragter Neue Bundesländer 2011)
- Viele Jugendliche haben (trotz guten Schulabschlusses) Schwierigkeiten, im ländlichen Raum einen Ausbildungsplatz bzw. Studienplatz zu finden und ziehen fort. (BMVBS 2009)

#### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Bildung, Ausbildung, Beruf“ wurde von neun Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

##### Mehr Ausbildungs-/Studienmöglichkeiten schaffen

Die Jugendlichen wünschen sich ein besseres wohnortnahes Studienangebot, idealerweise eine eigene Hochschule oder Außenstellen von Hochschulen im Landkreis Friesland.

*Die Auswahl an Studienrichtungen ist in den bestehenden, nächstgelegenen Hochschulstandorten (Wilhelmshaven und Oldenburg) nicht breit genug gefächert. Viele Gewichtungspunkte erhält der Vorschlag zur Ausweitung des Fächerangebots (siehe auch Thema „Arbeit, Wirtschaft“).*

Gleichermaßen müssen mehr wohnortnahe Ausbildungsplätze und eine größere Vielfalt an Ausbildungsplätzen geschaffen werden. Hierfür müssen mehr Unternehmen im ländlichen Raum angesiedelt werden (ausführliche Darstellung siehe Thema „Arbeit, Wirtschaft“).

*Kooperationen zwischen Schulen und Betrieben erleichtern die Ausbildungsplatzsuche. Dies kann beispielsweise in Form von Veranstaltungen geschehen, bei denen Unternehmen ihre Ausbildungsangebote vorstellen.*

##### Wohnortnahe Schulstandorte schaffen/erhalten

Es muss mehr wohnortnahe Bildungsmöglichkeiten geben, sodass kein/e SchülerIn mehr als 45 Minuten Fahrzeit zur Schule hat.

Die Jugendlichen sehen die Gründung von Schulverbänden als Chance, um im ländlichen Raum drohende Schulschließungen zu verhindern und stattdessen *Schulen gemeinsam zu betreiben* (Lösungsbaukasten).

*Um Schulstandorte zu erhalten, die nur noch von wenigen SchülerInnen besucht werden, können die nicht genutzten Schulräume anderen Nutzergruppen zur Verfügung gestellt werden (eigene Idee und Lösungsbaukasten), z.B. für einen Seniorentreff, Sportveranstaltungen oder eine Abendschule.*

Ein weiterer Lösungsvorschlag betrifft die regionale Stärkung der schulischen Selbständigkeit bzw. Eigenverantwortlichkeit, um bessere Rahmenbedingungen für dezentrale Handlungsspielräume hinsichtlich der Schulgesetzgebung und der Schulentwicklungsplanung zu schaffen (Lösungsbaukasten). Die Jugendlichen erhoffen sich hierdurch auch mehr Möglichkeiten für die Mitbestimmung von SchülerInnen in der Schule.

### **Wohnortunabhängige Bildungsmöglichkeiten**

Es ist schwer umzusetzen, für jede Gemeinde im ländlichen Raum eine wohnortnahe Schule bzw. Hochschule vorzuhalten. Deshalb lohnt es sich, über wohnortunabhängige Bildungsmöglichkeiten nachzudenken. In diesem Zusammenhang spricht sich eine Vielzahl von Beiträgen für *Varianten des Fernunterrichts* für SchülerInnen und StudentInnen aus.

*Online-Schulen ersparen SchülerInnen die langen Wegezeiten. Stattdessen folgen sie dem Unterricht direkt per Videokonferenzen (z.B. mittels Skype) und teilen sich ansonsten den zu erledigenden Lernstoff selbst ein, dessen Überprüfung durch LehrerInnen/DozentInnen aus der Ferne geschieht. Die SchülerInnen können mit Anderen in ihrer Nähe Lerngruppen bilden. Erweiterbar ist die Idee durch einige verpflichtende Präsenztage in Schulen.*

*Auch der Besuch von Internaten (eigene Idee und Lösungsbaukasten) oder Privatunterricht für kleine Lerngruppen sind Vorschläge der Jugendlichen. Letzteres kann durch mobile LehrerInnen angeboten werden (Lösungsbaukasten).*

### **Ausbau der Kinderbetreuung**

Verfügen Eltern nicht über einen bedarfsgerechten Betreuungsplatz für ihre Kinder, erschwert ihnen dies die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierfür müssen die Möglichkeiten der Kinderbetreuung ausgebaut werden. Dies betrifft sowohl die Anzahl an Betreuungsplätzen, die Öffnungszeiten sowie die Förderung der privaten und betrieblichen Kinderbetreuung als auch innovative Hol- und Bringdienste der KiTas (Lösungsbaukasten) (ausführliche Darstellung siehe Thema „Familie“).

### **Bessere Vorbereitung auf das Berufsleben**

Die Jugendlichen sehen einen Bedarf für eine bessere Vorbereitung auf das Berufsleben innerhalb der Schule. Es soll *mehr Praktika im Laufe der Schulzeit* geben, um in verschiedene Berufe reinschnuppern zu können. Die Jugendlichen haben auch die Idee, dass Praktika bei der Ausbildung angerechnet werden können, um die Ausbildungszeit zu verkürzen. Schulen sollen ferner mehr berufsorientierte Beratungsangebote anbieten. Überzeugt sind die Jugendlichen auch von gemeinnützigen Projekten, die jungen Menschen den Übergang von der Schule zur Ausbildung/zum Studium erleichtern (Lösungsbaukasten).

### **Verbesserung der Mobilität**

Viele SchülerInnen müssen lange Wegstrecken zu ihrem Schul-/Ausbildungs-/Studienort zurücklegen, wofür es ihnen teilweise an geeigneten Transportmöglichkeiten mangelt. Aus Sicht der Jugendlichen müssen diesbezüglich die Busverbindungen zu den Bildungsorten optimiert werden. Als Lösung schlagen die Jugendlichen des Weiteren die Einführung des Führerscheins ab 16 Jahren vor, sodass sie unabhängig von öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule/Ausbildung gelangen können. Eine weitere Idee konzentriert sich auf Fahrgemeinschaften, welche von den Schulen organisiert werden (ausführliche Darstellung siehe Thema „Mobilität“).

### **Weitere Ideen zum Thema „Bildung, Ausbildung, Beruf“:**

- Kooperationen zwischen Universitäten und lokalen Unternehmen
- Sicherung des Fachkräftenachwuchses durch Ausbildungsangebote für alle ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen (Lösungsbaukasten)

- Mehr CJD [Christliches Jugenddorfwerk] für Beruf und Ausbildung
- Moderne Betreuungsmodelle: Kindergärten und Altenheime zusammenlegen
- Wertevermittlung im Schulsystem

### 3.11 Wanderungsbewegungen, Integration, Umgang mit Vielfalt

#### Probleme und Herausforderungen

- Deutschland ist bereits ein Einwanderungsland. Wir sind auf Zuwanderung angewiesen um Verluste der „natürlichen Bevölkerungsentwicklung“ (also dem Saldo aus Geburten und Sterbefällen) auszugleichen. Seit 2011 nimmt die Bevölkerung aufgrund Zuwanderung wieder leicht zu. Wie stark die Zuwanderung nach Deutschland in Zukunft sein wird, hängt wesentlich von einer guten Zuwanderungs- und Integrationspolitik ab. (Berlin-Institut 2012)
- Die meisten Zuwanderer leben in den alten Bundesländern und dort vor allem in den Ballungsräumen. (Schader-Stiftung 2011 und Statistisches Bundesamt)
- Integrationsprobleme:
  - Frühkindliche Bildungsangebote werden von Menschen mit Migrationshintergrund seltener genutzt als vom Rest der Bevölkerung. (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011)
  - Große Unterschiede zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und Rest der Bevölkerung bei den besuchten Schulformen, Schulabschlüssen und Berufsabschlüssen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011)
  - Die Arbeitslosigkeit von AusländerInnen ist seit etwa 20 Jahren doppelt so hoch wie beim Rest der Bevölkerung. (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011)
  - Es gibt nur wenige Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst. (Nationaler Aktionsplan Integration: 141) (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011)
- Binnenwanderung in Deutschland: Vor allem junge BewohnerInnen von ländlichen, wirtschaftlich schwachen Gegenden wandern in Richtung Ballungsräume. Der ländliche Raum ist durch diese Wanderungen doppelt betroffen, da mit den jungen Menschen auch die potentiellen Eltern der Zukunft abwandern. (Berlin Institut 2015)
- In Friesland besteht bei jungen Menschen ein negatives Wanderungssaldo („Bildungswanderung“). Die Prognose bis 2030 sieht zwar für die Gesamtbevölkerung eine positive Wanderungsbilanz, diese gründet sich aber vor allem auf einem Rückgang der Fortzüge, da es immer mehr ältere Menschen geben wird, welche weniger mobil sind und bleiben. (Wegweiser Kommune 2015)

#### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Wanderungsbewegungen, Integration, Umgang mit Vielfalt“ wurde von insgesamt sieben Gruppen im Landkreis Friesland bearbeitet.

#### Rahmenbedingungen für Zuwanderung verbessern

##### Integrationshilfen

Eine sehr große Zahl an Lösungsvorschlägen und Gewichtungspunkten der Jugendlichen zielt darauf ab, die Integration von ZuwanderInnen in die Region durch konkrete und vorrangig ehrenamtliche Hilfsangebote zu unterstützen. Dies kann z.B. durch *gemeinsame Aktionen und Projekte von „Alteingesessenen“ und Zugezogenen* geschehen (regionale Austauschabende, Cafés, Konzerte, Kochkurse, Sportvereine, gemeinsame Ausflüge, Begegnungsrestaurants).

Ein wichtiger Punkt für die Jugendlichen sind zentrale Willkommens- und Informationsveranstaltungen, bei denen sie auch tatsächlich willkommen geheißen werden und wichtige Informationen bekommen.

*Ein Starterset für Familien könnte einen vereinfachten, familienfreundlichen Stadtplan enthalten, der z.B. Spielplätze, günstige Einkaufsmöglichkeiten, Jugendtreffs, Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten darstellt. Dazugehörige Busfahrkarten laden zum Erforschen und Kennenlernen der Umgebung ein.*

Weitere Vorschläge sind Spendensammlungen und die Nutzung von Sportvereinen als Integrationshilfen. Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits länger in Deutschland leben, können als VermittlerInnen und Paten zwischen Jugendlichen fungieren.

*„Neue“ Kinder und Jugendliche bekommen eine/n gleichaltrige/n Paten um über diese Bezugsperson erste soziale Kontakte zu knüpfen, in der Schule zurechtzukommen und außerschulische Angebote kennenzulernen.*

#### Mehr Bildungsmöglichkeiten für EinwanderInnen und Flüchtlinge

Die Jugendlichen sehen Sprachförderung als Schlüssel zu einer gelingenden Integration an. In sechs Gruppen werden entsprechende Lösungen vorgeschlagen und auch sehr hoch gewichtet. Es werden sowohl eine Verbesserung des öffentlichen Angebots („kostenlos“) in diesem Bereich angemahnt, als auch außerschulische und ehrenamtliche Lernorte vorgeschlagen.

*Es könnten z.B. Sprachtandems mit SchülerInnen gebildet werden: „Ich lerne deine Sprache und du meine!“*

In diesem Zusammenhang wird in einigen Gruppen auch kontrovers diskutiert, inwiefern eine Pflicht für Sprachkurse sinnvoll sein könnte.

Darüber hinaus sollen insbesondere Kinder und Jugendliche stärker bei ihrer schulischen Bildung unterstützt werden, z.B. durch kostenlose Nachhilfe- oder Förderangebote. Aber auch Erwachsene sollen die Möglichkeit bekommen, eine Schulbildung nachzuholen bzw. Nachprüfungen abzulegen.

#### Bessere Unterbringung

Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen wird in drei Gruppen als Lösungsvorschlag genannt (Lösungsbaukasten). Zu diesem Zweck könnten auch WGs oder leerstehende Wohnungen genutzt werden. In einer Gruppe wird dazu angemerkt, dass familiäre Verbände dabei besonders berücksichtigt werden sollen, da diese einen wichtigen Bestandteil von migrantischer Selbsthilfe darstellen.

#### Mehr Mitbestimmung von Menschen mit Migrationshintergrund

Menschen mit Migrationshintergrund sollen stärker in die Durchführung und Planung von Integrationspolitik einbezogen werden (Partizipation) (Lösungsbaukasten). Da sie die ExpertInnen für ihre eigene Situation sind, ist es wichtig, ihr Feedback anzunehmen und sie angemessen zu beteiligen.

#### Arbeitskräftepotenzial von EinwanderInnen und Flüchtlingen nutzen

Es soll sowohl das bereits vorhandene Arbeitskräftepotenzial von zugewanderten Menschen besser genutzt werden, als auch die Zuwanderung von weiteren Arbeitskräften erleichtert werden:

- Erwerbstätigkeit von ZuwanderInnen unterstützen: Eine einfache und unbürokratische Arbeitserlaubnis ermöglicht es, diese „stille Reserve“ deutlich besser zu nutzen. Dazu gehört auch eine zeitnahe Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen. Bei

Bedarf werden passgenaue Förderungen durchgeführt (Sprache, Bewerbungstraining, Kulturverständnis, Jobmessen).

- Zuwanderung fördern und erleichtern: Die Zuwanderung für Nicht-EU-BürgerInnen soll deutlich vereinfacht werden, so dass einzelne Regionen stärker um ZuwanderInnen werben können.

*Ein erleichtertes Visa- und Arbeitserlaubnisverfahren auf Bundesebene eröffnet einzelnen Regionen oder Kommunen mit Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum die Möglichkeit, gezielt um EinwanderInnen zu werben, z.B. durch eine attraktive Willkommenskultur.*

### **Binnenwanderung positiv beeinflussen**

Um einem Bevölkerungsrückgang in Friesland entgegenzuwirken, sollen mehr Menschen dazu motiviert werden, in die Region zu ziehen oder hier zu bleiben. Dieser Lösungsansatz wird in fünf Gruppen vorgeschlagen und auch hoch gewichtet.

Dazu müssen attraktive Lebensbedingungen geschaffen und auch beworben werden (Arbeitsplätze, Bildung, ÖPNV, Freizeit, günstige Wohnmöglichkeiten) (siehe auch Themen „Arbeit, Wirtschaft“, „Bildung, Ausbildung, Beruf“, „Infrastruktur“, „Mobilität“, „Wohnen“).

*„Neu“ hinzugezogene BürgerInnen werden beim Umzug unterstützt (Transportkosten, Tragen helfen) und lernen bei einer „fetten Kennenlernparty“ in ihrer Siedlung oder beim Arbeitgeber die Nachbarn, KollegInnen und das soziale Umfeld kennen. Die Vereine gehen offen auf diese Menschen zu.*

### **Mehr Toleranz und Offenheit gegenüber neuer Mitbevölkerung**

Die „Alteingesessenen“ sind gegenüber der neuen Mitbevölkerung tolerant und offen. Dies zeigt sich vor allem in kleinen, alltäglichen Situationen („engeres Verhältnis zu den Nachbarn“, „Bei Kaffeekränzchen besser kennen lernen“, „Freundlich sein“, „Mit den Menschen kommunizieren!“, „Gespräche anfangen“, „ In Gruppenaktivität integrieren“, „Personen rumführen“, „Nett sein, sich einbringen in die Gesellschaft“, „Sich mit den Neuankömmlingen unterhalten“, „Nicht ausschließen“, „Aufgeschlossen und selbstbewusst sein“, „Indem man aufeinander zugeht (ansprechen)“, „Kontakt aufnehmen“, „Mit einem Nachbarschaftstreffen“).

Diese Offenheit gilt sowohl gegenüber zugezogenen „Stadtmenschen“, als auch ZuwanderInnen aus anderen Kulturkreisen. Um dies zu fördern soll bereits in Kindergarten und Schule verstärkt auf kulturelle Unterschiede und die *Bekämpfung von Vorurteilen* eingegangen werden. Durch gezielte Informationen (z.B. über die tatsächlichen Zahlen von Flüchtlingen, Interpretationshilfen bei Kriminalitätsstatistiken) sollen Ängste der Bevölkerung aufgenommen und entkräftet werden.

### **Weitere Ideen zum Thema „Wanderungsbewegungen, Integration, Umgang mit Vielfalt“:**

- „Fernsehsendungen“
- „Durch Freunde“
- „Erzieher, Lehrer, Krankenpfleger, etc.“

## 3.12 Öffentliche Verwaltung

### Probleme und Herausforderungen

- Die Bevölkerungsabnahme führt zu einer Abnahme der Nachfrage von Verwaltungsleistungen, was wiederum, insbesondere im ländlichen Raum, zur Schließung von Behördenstandorten führt (Rückzug aus der Fläche). (Beauftragter Neue Bundesländer 2011; Bundesministerium des Inneren 2011)
- Die Zunahme des Anteils älterer Menschen führt zu einer verstärkten Nachfrage altersspezifischer Leistungen. (Beauftragter Neue Bundesländer 2011; Bundesministerium des Inneren 2011)
- Die Erreichbarkeit der Verwaltung wird für ältere und immobile Bürger zunehmend schwieriger. (Beauftragter Neue Bundesländer 2011)

### Lösungsvorschläge der Jugendlichen

Das Thema „Öffentliche Verwaltung“ wurde von insgesamt vier Gruppen aus dem Landkreis Friesland bearbeitet.

#### Stärkung von Dienstleistungen über elektronische Fernnutzung

Um in dünn besiedelten Regionen auch in Zukunft einen guten Zugang zu den Diensten und Leistungen der öffentlichen Verwaltung sicherzustellen, sollen verstärkt elektronische Kommunikationswege genutzt werden. Dadurch soll ortsunabhängig eine gute Erreichbarkeit gewährleistet und lange Anfahrtswege gespart werden.

*Unter dem Begriff „Digitale Behörde“ wird dazu konkret vorgeschlagen, dass über die Internetpräsenz oder eine eigene App behördliche Angelegenheiten erledigt werden können. Letztgenannte werden dabei bevorzugt.*

Ein wichtiger Einwand der Jugendlichen bei diesem Lösungsansatz ist eine mögliche generationenspezifische Barriere bei der Nutzung solcher Angebote. Es wird angemerkt: „Ältere können nicht mit Technik (Computer etc.) umgehen“.

Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu ermöglichen zielen mehrere Beiträge der Jugendlichen auf einen Kontakt mit AnsprechpartnerInnen: Dazu gehört der Ausbau einer telefonischen Behördenhotline für Informations- und Antragszwecke (eigene Idee und Lösungsbaukasten). Auch der Vorschlag, Videotelefonate zu ermöglichen, z.B. über Skype, zielt in diese Richtung.

Als weiterer Vorteil dieses elektronisch vermittelten Austausches zwischen VerwaltungsmitarbeiterInnen und BürgerInnen wird ausdrücklich ein positiver Arbeitplatzeffekt benannt, da hierbei weiterhin Fachkräfte benötigt werden.

#### Mobile Hilfs- und Serviceleistungen vor Ort

Gegenwärtig müssen BürgerInnen Verwaltungsstandorte aufsuchen, um behördliche Angelegenheiten zu regeln. Umgekehrt kann jedoch auch die Behörde zu den BürgerInnen kommen.

*Eine Vielzahl an Beiträgen schlägt die „Mobile Behörde“ für den ländlichen Raum vor. Ein entsprechend ausgerüstetes und ausreichend großes Fahrzeug („Verwaltungstruck“) könnte dazu mit VerwaltungsmitarbeiterInnen in der Region unterwegs sein und so sicherstellen, dass in regelmäßigen Abständen eine ortsnahe Erreichbarkeit gewährleistet ist. Die „Mobile Behörde“ könnte dabei an geeigneten Orten halten oder sogar auch Hausbesuche durchführen.*

Eine kleine Variante der „Mobilen Behörde“ stellt die Idee des *Verwaltungsstammtisches* dar. Dabei würden einzelne VerwaltungsmitarbeiterInnen in regelmäßigen Abständen an öffentlichen Orten, z.B. in Kneipen oder Restaurants, Stammtische zu Verwaltungsangelegenheiten abhalten.

*Eine Abwandlung dieses Ansatzes sind „Mobile Hilfskräfte“ für Behördenangelegenheiten. Dabei handelt es sich um Dritte, die Behördenangelegenheiten im Auftrag erledigen. Anträge und Formulare würden dann Zuhause bei den HilfeempfängerInnen abgeholt oder bei Bedarf auch vorher gemeinsam ausgefüllt und von den Hilfskräften weitergereicht. Aus solchen Tätigkeiten könnte nach Ansicht der Jugendlichen auch eine neue Branche für Hilfsdienste entstehen, die Zuverdienstmöglichkeiten, z.B. für RentnerInnen oder auch AsylbewerberInnen darstellen können.*

Ähnlich wie bei den integrierten Paket-Shops wird auch vorgeschlagen, dass „einfache“ Behördenangelegenheiten ebenfalls als Dienstleistung in bestehenden Geschäften angeboten werden können.

Als Ergänzung zu den obigen Lösungen werden außerdem ehrenamtliche Hilfen vorgeschlagen:

*Ehrenamtliche Behörde am Wochenende in ländlichen Gegenden: Ehrenamtlich engagierte MitbürgerInnen mit ausreichend (Berufs-)Wissen und Erfahrung bieten Rat und Unterstützung bei der Erledigung von behördlichen Angelegenheiten.*

*Sammelstellen für Dokumententransport: An zentralen Orten werden Möglichkeiten geschaffen um Dokumente zu hinterlegen, welche in regelmäßigen Abständen von Freiwilligen zu den entsprechenden Behörden transportiert werden (z.B. wenn diese sowieso auf einer regelmäßigen Fahrstrecke liegen).*

### **Fahrservice zur Verwaltung**

Die Jugendlichen schlagen verschiedene Lösungen vor, welche die Einrichtung eines Fahrservices zu Verwaltungsstandorten ermöglichen sollen. Dazu gehört die *Kombination mit anderen bereits bestehenden Transport- und Fahrdiensten*, wie z.B. Schulbussen, Postbussen, sozialen Diensten, Pflegediensten oder auch die Einrichtung von zielgruppenspezifischen Fahrdiensten nur für ältere MitbürgerInnen.

### **Verwaltung erhalten und ausbauen**

Der wohnortnahe Erhalt oder sogar Ausbau der Verwaltung ist vielen Jugendlichen sehr wichtig. Die konkrete Umsetzung dieses Wunsches konnte bisher zwar nicht ausformuliert werden, eine relativ hohe Zahl an Gewichtungspunkten in mehreren Gruppen macht aber den hohen Stellenwert dieses Punktes für die Jugendlichen deutlich.

Ein weiterer Vorschlag zielt auf eine stärkere Mitbestimmung von BürgerInnen und Jugendlichen durch Veränderungen des Wahlrechts, z.B. durch Handywahlen, kürzere Wahlperioden und Bürgerentscheiden zu einzelnen Themen.

## 4. Die Ergebnisse der Berufs- und Lebensleiter

### Die Methode

Die Berufs- und Lebensleiter ist ein sogenanntes Stelloziogramm und eine qualitative Befragungsmethode, die von den MitarbeiterInnen des Forschungsprojekts „Jugend-Demografie-Dialog“ entwickelt wurde. Jugendliche durchlaufen dabei eine fiktive Zeitreise bis ins Jahr 2030.

Diese Methode verfolgt zwei Ziele:

1. Über das eigene Erleben wird den Jugendlichen ein persönlicher Bezug zum Zukunftsthema „Demografischer Wandel“ ermöglicht.
2. Die Durchführung im Großgruppen-Setting erlaubt regionsspezifische Rückschlüsse, die sowohl für die SchülerInnen als auch für politische Entscheider relevant und handlungsleitend sein können.

### Das Vorgehen

Es werden vier lange Linien auf dem Fußboden aufgetragen, welche die Jahre 2016, 2020, 2025 und 2030 symbolisieren. Wenn die SchülerInnen von einer Linie zur nächsten schreiten, ist dies mit einem Zeitsprung gleichzusetzen. Nach jedem Zeitabschnitt ordnen sich die SchülerInnen bestimmten Kategorien zu, die ihr zukünftiges Leben in dieser Zeit betreffen (Bildung, Beruf, Lebensentwurf, Partnerschaft und Familie). Zusätzlich wird bei jeder Kategorie ein farbiger Papierkreis abgelegt, welcher anzeigt, ob die SchülerInnen im jeweiligen Jahr noch im Landkreis Friesland leben, ob sie weggezogen sind oder ob sie nach einer Phase der Abwesenheit wieder zurückkehren.

Die Berufs- und Lebensleiter wurde an drei Schulen im Landkreis Friesland mit Großgruppen zwischen 70 und 110 SchülerInnen der Klassenstufen 9. und 10 durchgeführt (je eine Integrierte Gesamtschule, eine Oberschule und ein Gymnasium). Zusammen mit zwei weiteren Kleingruppen haben insgesamt ca. 260 Jugendliche daran mitgewirkt.

### Die Ergebnisse

Eine eindeutige Mehrheit der SchülerInnen geht davon aus, dass sie zukünftig nicht mehr im Landkreis Friesland leben wird. Betrachtet man die Gruppe der GymnasiastInnen bzw. Studierenden getrennt, fällt dieses Ergebnis noch negativer aus. Einzig die Gruppe der Jugendlichen mit technischen und handwerklichen Berufen hat eine positive Wanderungsbilanz.

Es gibt nur eine geringe Anzahl von Jugendlichen, die von einer Rückkehr in den Landkreis Friesland ausgehen, nachdem sie diesen einmal verlassen haben.

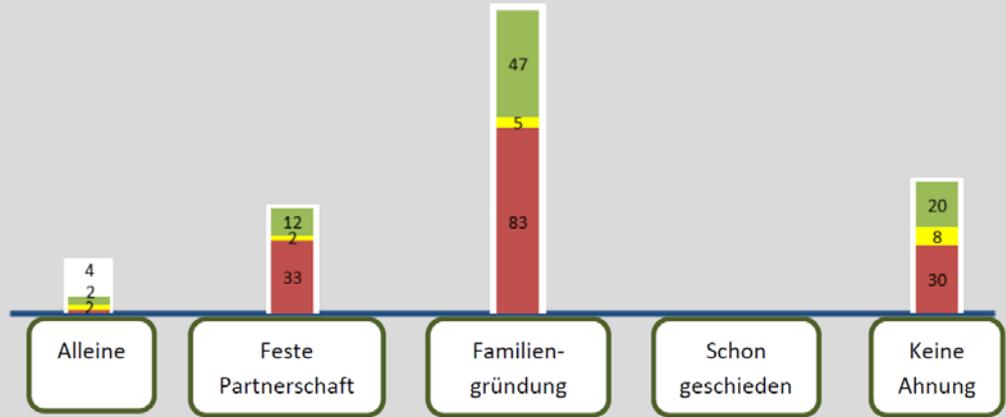
Die Berufsbranche Tourismus wird insgesamt nur von zwei Jugendlichen angestrebt. Dies ist nach der Kategorie „Hausmann, Hausfrau“ der niedrigste Wert und für eine touristisch geprägte Region wie Friesland ebenso bemerkenswert wie bedenklich.

Die Mehrheit der Jugendlichen legt großen Wert auf einen guten Ausgleich zwischen Beruf und Freizeit und strebt die Gründung einer Familie an. Diese Wünsche und Orientierungen sollten berücksichtigt werden, damit der Landkreis Friesland ein attraktiver Lebensort für junge Menschen bleibt.

■ nicht mehr im LK Friesland ■ Zurück im LK Friesland ■ Weiterhin im Landkreis Friesland

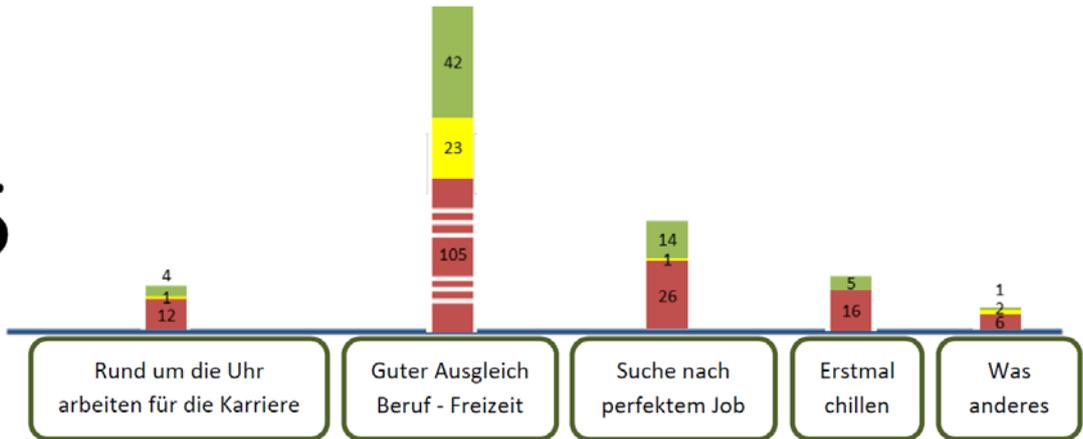
# 2030

„Partnerschaft, Familie?“



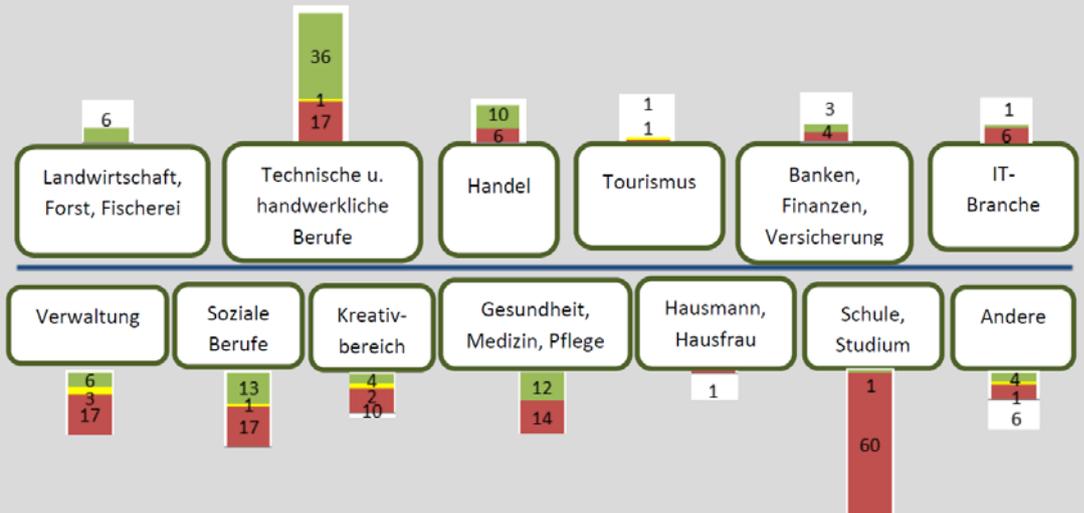
# 2025

„Lebensentwurf?“



# 2020

„Welche Branche?“



# 2016

„Nach der Schule?“

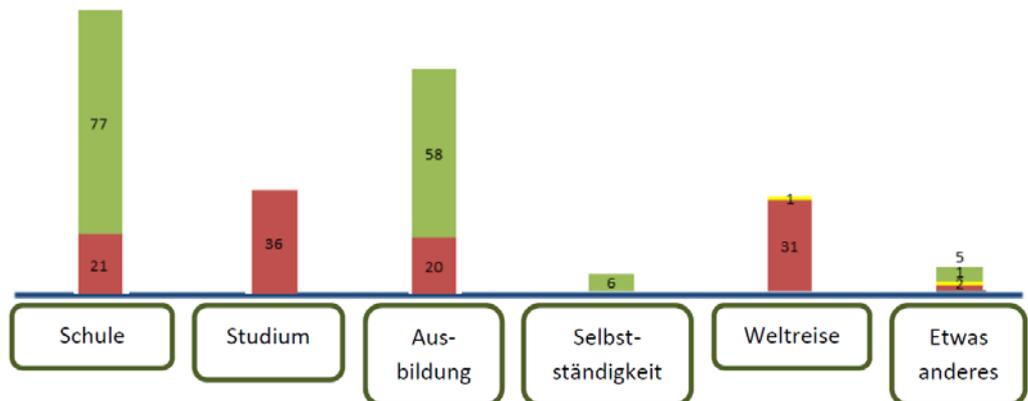


Abbildung 7: Ergebnisse der Berufs- und Lebensleiter

## 5. Literatur

Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg (2014): Handreichung familienfreundliche Kommune. URL: [http://kvjs.de/uploads/netzwerk-test/files/familienfreundlichkeit/FaFo%20Handreichung Familienfreundliche%20Kommune\\_2014.pdf](http://kvjs.de/uploads/netzwerk-test/files/familienfreundlichkeit/FaFo%20Handreichung_Familienfreundliche%20Kommune_2014.pdf) (zuletzt aufgerufen am 06.03.2015)

Bayerische Staatsregierung (2011): Aufbruch Bayern. Aktionsplan demografischer Wandel. [http://www.demografie-leitfaden-bayern.de/fileadmin/user\\_upload/demografie-leitfaden/dokumente/Aktionsplan\\_demographischer\\_Wandel.pdf](http://www.demografie-leitfaden-bayern.de/fileadmin/user_upload/demografie-leitfaden/dokumente/Aktionsplan_demographischer_Wandel.pdf) (zuletzt aufgerufen am 25.02.2015)

Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (2011): Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten. Handlungskonzept zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen. Berlin. [http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/handlungskonzept\\_demografie.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/handlungskonzept_demografie.pdf?__blob=publicationFile) (zuletzt aufgerufen am 13.01.2015)

Becker, Heinrich; Moser, Andrea (2013): Jugend in ländlichen Räumen zwischen Bleiben und Abwandern – Lebenssituation und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland. Braunschweig

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Berlin. [http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/Studien/Demografischer\\_Wandel.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Studien/Demografischer_Wandel.pdf) (zuletzt aufgerufen am 12.02.2015)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011): Die Zukunft der Dörfer. Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang. Berlin. [http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/Doerfer\\_2011/Die\\_Zukunft\\_der\\_Doerfer\\_Webversion.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Doerfer_2011/Die_Zukunft_der_Doerfer_Webversion.pdf) (zuletzt aufgerufen am 06.03.2015)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2012): Nach Punkten vorn. Was Deutschland von der Zuwanderungs- und Integrationspolitik Kanadas lernen kann. Berlin. <http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/nach-punkten-vorn.html> (zuletzt aufgerufen am 05.03.2015)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2012a): demos. Demografie, Entwicklung, Migration, Online-Service. Ausgabe 144. 15.11.2012. Berlin. [http://www.berlin-institut.org/newsletter/Newsletter\\_144.html.html](http://www.berlin-institut.org/newsletter/Newsletter_144.html.html) (zuletzt aufgerufen am 03.03.2015)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2013): Anleitung zum Weniger ein Vorschlag für eine Demografiestrategie. Berlin. [http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/Anleitung\\_Wenigersein\\_Demografiestrategie/Anleitung\\_Wenigersein\\_Online.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Anleitung_Wenigersein_Demografiestrategie/Anleitung_Wenigersein_Online.pdf) (zuletzt aufgerufen am 25.02.2015)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2015): Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt. Berlin. [http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/Von\\_Huerden\\_und\\_Helden/BI\\_HuerdenUndHelden\\_Online-1.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Von_Huerden_und_Helden/BI_HuerdenUndHelden_Online-1.pdf) (zuletzt aufgerufen am 15.01.2015)

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2012): Erreichbarkeit von Oberzentren. Pkw-Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum 2010 in Minuten. Bonn. [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Downloads/HaeufigNachgefragteKarten/ErrOb.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Downloads/HaeufigNachgefragteKarten/ErrOb.pdf?__blob=publicationFile&v=3)

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2014): Aktuelle und zukünftige Entwicklung von Wohnungsleerständen in den Teilräumen Deutschlands. Datengrundlagen , Erfassungsmethoden und Abschätzungen. Bonn.  
[http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2014/DL\\_Wohnungsleerstaende.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2014/DL_Wohnungsleerstaende.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (zuletzt aufgerufen am 06.03.2015)

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2013): Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck. Wie reagieren auf den demografischen Wandel? Bonn.  
[http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/04\\_Partner/Daseinsvorsorge/Daseinsvorsorge\\_unter\\_Druck\\_BLE-SG-Infra\\_01\\_2013\\_Web.pdf](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/04_Partner/Daseinsvorsorge/Daseinsvorsorge_unter_Druck_BLE-SG-Infra_01_2013_Web.pdf) (zuletzt aufgerufen am 19.01.2015)

Bundesministerium des Inneren (BMI) (2011): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Berlin.  
[http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/demografiebericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/demografiebericht.pdf?__blob=publicationFile) (zuletzt aufgerufen am 07.01.2015)

Bundesministerium des Inneren (BMI) (2012): Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung. Berlin.  
[http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/demografiestrategie.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/demografiestrategie.pdf?__blob=publicationFile) (zuletzt aufgerufen am 07.01.2015)

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2010): Demografischer Wandel – (k)ein Problem! Werkzeuge für Praktiker – von Betrieben für Betriebe.  
[http://www.gfah.de/wp-content/uploads/demografischer\\_wandel\\_kein\\_problem.pdf](http://www.gfah.de/wp-content/uploads/demografischer_wandel_kein_problem.pdf) (zuletzt aufgerufen am 04.03.2015)

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013): Gesellschaftliche Entwicklungen 2030. Zwischenergebnis 1. 60 Trendprofile gesellschaftlicher Entwicklungen. [http://www.bmbf.de/pubRD/BMBF\\_140808-02\\_BMBF-Foresight\\_2\\_Zwischenergebnis-1\\_V01\\_barrierefrei.pdf](http://www.bmbf.de/pubRD/BMBF_140808-02_BMBF-Foresight_2_Zwischenergebnis-1_V01_barrierefrei.pdf) (zuletzt aufgerufen am 02.03.2015)

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2009): Region schafft Zukunft. Demografischen Wandel aktiv gestalten. Berlin.  
[http://www.inter3.de/fileadmin/user\\_upload/Downloads/Region\\_schafft\\_Zukunft.pdf](http://www.inter3.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Region_schafft_Zukunft.pdf) (zuletzt aufgerufen am 07.01.2015)

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2012): Region schafft Zukunft. Ländliche Infrastruktur aktiv gestalten. Berlin.  
[http://www.inter3.de/fileadmin/user\\_upload/Downloads/content/Region\\_schafft\\_Zukunft\\_Barrierefrei\\_Neu.pdf](http://www.inter3.de/fileadmin/user_upload/Downloads/content/Region_schafft_Zukunft_Barrierefrei_Neu.pdf) (zuletzt aufgerufen am 07.01.2015)

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2014): Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Stand der Pilotprojekte. Ein MORO-Forschungsfeld. Berlin.  
[http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/MORO/10/moro10\\_5.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/MORO/10/moro10_5.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (zuletzt aufgerufen am 23.02.2015)

Bundesverband der gemeinnützigen Landesgesellschaft et al. (2012): Demografischer Wandel vor Ort. Ideen – Konzepte – Beispiele.  
[http://www.kreise.de/\\_cms1/images/stories/themen/LaendlicherRaum/broschuere%20chance%20dw%202012.pdf](http://www.kreise.de/_cms1/images/stories/themen/LaendlicherRaum/broschuere%20chance%20dw%202012.pdf) (zuletzt aufgerufen am 07.01.2015)

Bundeszentrale für politische Bildung (2012): Themengrafik Demografischer Wandel.  
<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/147368/themengrafik-demografischer-wandel> (zuletzt aufgerufen am 07.01.2015)

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2013): Bevölkerungsentwicklung und Renten. Themenblätter im Unterricht/Nr. 99. Bonn.

<http://www.bpb.de/shop/lernen/themenblaetter/170682/bevoelkerungsentwicklung-und-renten> (zuletzt abgerufen am 07.01.2015)

Deutsches Ärzteblatt (2008): Modell „Schwester AGnES“ soll bundesweit eingeführt werden.  
<http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/34113/Modell-Schwester-AGnES-soll-bundesweit-eingefuehrt-werden>  
(zuletzt aufgerufen am 24.02.2015)

Deutsches Rotes Kreuz (2009): Der demografische Wandel – Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten für die Jugendsozialarbeit und die Jugendhilfe im Deutschen Roten Kreuz. Berlin.  
[http://drk-kinder-jugend-familienhilfe.de/uploads/tx\\_ffpublication/Expertise\\_Demografie\\_und\\_Jugendhilfe\\_Endfassung.pdf](http://drk-kinder-jugend-familienhilfe.de/uploads/tx_ffpublication/Expertise_Demografie_und_Jugendhilfe_Endfassung.pdf) (zuletzt aufgerufen am 04.03.2015)

Forsa (2013): Wenn Eltern die Wahl haben. Eine repräsentative forsa-Studie im Auftrag von ELTERN.  
[http://www.eltern.de/c/pdf/ELTERN\\_forsa-Studie\\_Wahl.pdf](http://www.eltern.de/c/pdf/ELTERN_forsa-Studie_Wahl.pdf) (VERALTET!)

Freistaat Sachsen, Staatsministerium der Justiz und für Europa (2015): Staatsmodernisierung und E-Government: Bürgerterminal.  
<http://www.staatsmodernisierung.sachsen.de/832.html> (zuletzt aufgerufen am 04.03.2015)

Ingenieur.de: DHL fliegt Medikamente mit Drohne auf die Nordseeinsel Juist.  
<http://www.ingenieur.de/Branchen/Verkehr-Logistik-Transport/DHL-fliegt-Medikamente-Drohne-Nordseeinsel-Juist> (zuletzt aufgerufen am 06.03.2015)

Institut für Demoskopie Allensbach (2013): Monitor Familienleben 2013. Einstellungen der Bevölkerung zur Familienpolitik und zur Familie.  
[http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx\\_studies/7893\\_Monitor\\_Familienleben\\_2013.pdf](http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/7893_Monitor_Familienleben_2013.pdf) (zuletzt aufgerufen am 03.03.2015)

Institut für Diversity Management: <http://www.diversity-institut.de/leistungen/sensibilisierung-und-training/>  
(zuletzt aufgerufen am 08.03.2015)

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) (2010): Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse der Berichterstattung 2010. Stuttgart.  
[http://www.kvjs.de/nc/publikationen/publikationen-detailansicht.html?tx\\_damfrontend\\_pi1\[showUid\]=342&tx\\_damfrontend\\_pi1\[backPid\]=548](http://www.kvjs.de/nc/publikationen/publikationen-detailansicht.html?tx_damfrontend_pi1[showUid]=342&tx_damfrontend_pi1[backPid]=548) (zuletzt aufgerufen am 04.03.2015)

Leuphana (2015): Kinderbetreuung im Unternehmen. Ein Ratgeber zu Betrieblicher Großtagespflege in Niedersachsen.  
[http://www.leuphana.de/fileadmin/user\\_upload/portale/inkubator/download/1411\\_05\\_NCD\\_ink\\_Kinderbetreuung\\_10web.pdf](http://www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/portale/inkubator/download/1411_05_NCD_ink_Kinderbetreuung_10web.pdf) (zuletzt aufgerufen am 06.03.2015)

Liquid Democracy e.V. (2015): Handlungsempfehlungen und Ergebnisse des Prozesses youthpart#lokal für den Kyffhäuserkreis.

Mitfahrerbank Eifel (2014): Beschreibung des Projektes für den Orange Social Award.  
<http://www.spiegel.de/media/media-34854.pdf> (zuletzt aufgerufen am 06.03.2015)

Naegele, Gerhard: Gesundheitliche Versorgung in einer alternden Gesellschaft. – In: Hüther, M.; Naegele, G. (Hrsg.) (2013): Demografiapolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder. Wiesbaden: Springer VS.

Nexxt-change.de (2015): Unternehmensbörse um nachfolgeorientierte Unternehmer und Existenzgründer zusammen zu bringen.  
<https://www.nexxt-change.org/Service/Ueber-die-Boerse/> (zuletzt aufgerufen am 04.03.2015)

Niedersächsische Landesregierung (2012): Handlungskonzept demografischer Wandel der Niedersächsischen Landesregierung. Hannover.  
<http://www.niedersachsen.de/download/71569> (zuletzt aufgerufen am 12.01.2015)

Niedersächsisches Kultusministerium (2011): Herausforderung Demografie. Strategien und Handlungsmöglichkeiten zur Sicherung einer flächendeckenden Schulversorgung. Hannover.

Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) (2013): Hierbleiben – Engagieren – Zurückkehren. Jugend im demografischen Wandel.

<https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/20273> (zuletzt aufgerufen am 06.03.2015)

Schader-Stiftung (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen Schader-Stiftung (Hg.) Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts.

[http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/MigrationIntegration/Integration/schader\\_integrationspotenziale.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/MigrationIntegration/Integration/schader_integrationspotenziale.pdf?__blob=publicationFile)

Statistisches Bundesamt (2009): 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2060.

<https://www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/>

Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18. November 2009 in Berlin. Wiesbaden.

[https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile) (zuletzt aufgerufen am 12.01.2015)

Statistisches Bundesamt 2012: Geburtentrends und Familiensituation in Deutschland.

[https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/Geburtentrends5122203129004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/Geburtentrends5122203129004.pdf?__blob=publicationFile) (zuletzt aufgerufen am 01.03.2015)

Stiftung Demokratische Jugend (2008): Visionen für Regionen. Das muss sich ändern, damit wir bleiben!

[http://www2.jugendstiftung.org/uploads/broschuere\\_visionen\\_fuer\\_regionen\\_stiftungdemokratischejugend.pdf](http://www2.jugendstiftung.org/uploads/broschuere_visionen_fuer_regionen_stiftungdemokratischejugend.pdf) (zuletzt aufgerufen am 12.01.2015)

Stiftung Demokratische Jugend (2011): Erste Schwelle. Ein Leitfaden. Handbuch für Kommunen, Jugendeinrichtungen und Unternehmen. Berlin.

[http://www2.jugendstiftung.org/uploads/leitfaden\\_ oktober\\_ 2011.pdf](http://www2.jugendstiftung.org/uploads/leitfaden_ oktober_ 2011.pdf) (zuletzt aufgerufen am 12.01.2015)

Unternehmensnetzwerk Erfolgsfaktor Familie (2015): Netzwerk Erfolgsfaktor Familie.

<http://www.erfolgsfaktor-familie.de/default.asp?id=442> (zuletzt aufgerufen am 04.03.2015)

Wegweiser Kommune (2015): Informationssystem der Bertelsmann-Stiftung für Kommunen.

<http://www.wegweiser-kommune.de/home> (zuletzt aufgerufen am 06.03.2015)

Wikipedia MOOC (2015): Massive Open Online Course.

[http://de.wikipedia.org/wiki/Massive\\_Open\\_Online\\_Course](http://de.wikipedia.org/wiki/Massive_Open_Online_Course) (zuletzt aufgerufen am 01.03.2015)

ZwischenZeitZentrale (2014): Beschreibung des Projektes für den Orange Social Award.

<http://www.spiegel.de/media/media-34860.pdf> (zuletzt aufgerufen am 06.03.2015)